



12. Stadtratsprotokoll / 12^e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Donnerstag, 19. September 2019, 18.00 Uhr
Séance du jeudi 19 septembre 2019 à 18h00

Ort: Stadtratssaal in der Burg
Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg

Anwesend / Présents:

Arnold Marc, Arnold Niels, Augsburger-Brom Dana, Bigler Jarno, Bohnenblust Peter, Bord Pascal, Briechele Dennis, Brunner Thomas, Cadetg Leonhard, Clauss Susanne, Epper Bettina, Francescutto Luca, Frank Lena, Gerber Andreas, Gonzalez Vidal Bassi Glenda, Grupp Christoph, Gugger Reto, Gurtner-Oesch Sandra, Hamdaoui Mohamed, Heiniger Peter, Helbling Beatrice, Koller Levin, Külling Urs, Leuenberger Bernhard, Loderer Benedikt, Meuli Selma, Meyer Miro, Molina Franziska, Ogi Pierre, Paronitti Maurice, Pittet Natasha, Rebetez Maurice, Rindlisbacher Hugo, Roth Myriam, Scherrer Martin, Scheuss Urs, Schneider Sandra, Schneider Veronika, Schor Alfred, Sprenger Titus, Steinmann Alfred, Stocker Julien, Stolz Joseline, Strässler Thomas, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Torriani Isabelle, Vlaiculescu-Graf Christiane, Wächter Olivier, Wendling Cécile, Widmer Patrick, Wiher Max, Zimmermann Erwin, Zumstein Joël

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

De Maddalena Daniela, Rochat Julien, Wiederkehr Martin

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Stadtpräsident Fehr Erich

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Feurer Beat, Némitz Cédric, Schwickert Barbara, Steidle Silvia

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

-

Vorsitz / Présidence:

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident

Sekretariat / Secrétariat:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Behandelte Geschäfte / Affaires traitées**Seite/Page**

170. Genehmigung der Traktandenliste	501
171. Mitteilungen Stadtratsbüro	506
• Abrechnung in der Kompetenz der GPK	506
172. Protokollgenehmigungen (15. März 2018 und 19. April 2018 / Nr. 3 und 4) ...	506
173. 20190238 Vorzeitige Verlängerung und Ausdehnung des Baurechtes Evilard-Gbbl. Nr. 1002 (Bodenparzelle Evilard-Gbbl. Nr. 972 und Nr. 123) der Eidgenossenschaft (BASPO)	507
174. 20190245 Dienstleistungsvertrag für die Kontrolle des ruhenden Verkehrs und der manuellen Verkehrsregelung in der Stadt Biel / Verpflichtungskredit.	509
• Rückweisungsantrag	509
• Detailberatung	511
175. 20190232 Bildungsstrategie 2019-2022 / Kenntnisnahme	514
176. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20190341 Miro Meyer und Levin Koller, JUSO «Ausgaben der Projektgesellschaft AGGLOlac»	520
177. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20910339 Dana Augsburg- Brom, Fraktion Einfach libres! «Einsprache gegen die umweltschädigende Erweiterung der Kiesgrube Safnern»	520
178. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20190338 Mohamed Hamdaoui, PCD, Peter Heiniger, PdA «Für nachhaltige öffentliche Schulen»	520
179. Begründung der Dringlichkeit der überparteilichen Interpellation 20190340 Pascal Bord, PRR, Glenda Gonzalez, PSR, Alfred Steinmann SP, Andreas Gerber, FDP, Christoph Grupp, Grüne, Titus Sprenger, Passerelle «Noch eine Lastenverschiebung: wieviele zusätzliche Millionen will der Kanton für die Sozialhilfe auf Biel überwälzen?»	520
180. Dringliche überparteiliche Motion 20190126, Levin Koller, JUSO, Muriel Günther, SP, Miro Meyer, JUSO, Urs Scheuss, Grüne, Myriam Roth, Grüne, «Streikende Jugendliche ernst nehmen! – Klimanotstand ausrufen»	521
• Ordnungsantrag	534
181. Neueingänge	537

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung. Herr Stadtpräsident Fehr kommt etwas später. Seine Anreise wurde durch ausfallende Züge verzögert.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass Parlament und Exekutive von Uster am 28. September 2019 der Stadt Biel einen Besuch abstatten. Wir treffen uns um 9.00 Uhr bei der Schiffländte. Ich wäre froh, wenn ich dort nicht ganz allein wäre... Von Uster sind gegen 40 Personen angemeldet. Ich lade Sie herzlich ein, an diesem Treffen teilzunehmen. Es gibt Kaffee und Gipfeli, deshalb bitte ich Sie um Anmeldung bei mir.

Auf den Tischen liegen folgende Unterlagen auf:

- Stadtratsunterlagen zu «Budget 2020» und «Abweichungen und Finanzplan 2021-2023»
- Rückweisungsantrag Fraktionen SP/JUSO und Grüne zum Geschäft 20190245 «Dienstleistungsvertrag für die Kontrolle des ruhenden Verkehrs und der manuellen Verkehrsregelung in der Stadt Biel / Verpflichtungskredit»
- Änderungsantrag Fraktion FDP zum nachtraktandierten Geschäft 20190267 «Liegenschaft Grillenweg 4 in Biel, Baurecht Grundbuchblatt Biel-Bienne Nr. 9501 Ausübung Vorkaufsrecht / Verpflichtungskredit»
- Jahresbericht 2017/2018 der Gemeinnützigen Gesellschaft Biel und des Brockenhauses La Glaneuse Biel

Auf dem Tisch des Weibels liegen folgende Unterlagen auf:

- Mitteilungsblatt der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen, Nr. 2 vom September 2019
- Bericht des Gemeinderats an den Stadtrat betreffend Geschäft 20190267 «Liegenschaft Grillenweg 4 in Biel, Baurecht Grundbuchblatt Biel-Bienne Nr. 9501 Ausübung Vorkaufsrecht / Verpflichtungskredit»

Vor der Sitzung wurde mir symbolisch eine Online-Petition überreicht, die von 1'130 Personen unterzeichnet wurde. Sie fordert die Ausrufung des Klimanotstands. Dieser soll ähnlich wie beispielsweise in Basel umgesetzt werden. Ein entsprechender Vorstoss wird heute im Stadtrat behandelt (Motion 20190126 «Streikende Jugendliche ernst nehmen! – Klimanotstand ausrufen»).

170. Genehmigung der Traktandenliste

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Herr Meyer beantragt, die dringliche überparteiliche Motion 20190126, Levin Koller, JUSO, Muriel Günther, SP, Miro Meyer, JUSO, Urs Scheuss, Grüne, Myriam Roth, Grüne, «Streikende Jugendliche ernst nehmen! – Klimanotstand ausrufen» direkt nach den Geschäften des Gemeinderats zu behandeln. Er wird diesen Antrag kurz begründen.

Meyer Miro, Fraktion SP/JUSO: Auf der Traktandenliste der Sitzung vom 22. August 2019 war vorgesehen, die dringliche überparteiliche Motion 20190126 «Streikende Jugendliche ernst nehmen! – Klimanotstand ausrufen» vor der überparteilichen Motion 20190013 «Mit einem Klimareglement das Pariser

Klimaabkommen in der Stadt Biel umsetzen» zu behandeln. **Ich beantrage, dass an dieser Reihenfolge festgehalten wird.** Dafür sprechen folgende Gründe:

- Die Motion 20190126 ist dringlich. Im August wurde sie aus Zeitgründen nicht behandelt. Ich verstehe nicht, weshalb der dringliche Vorstoss auf der heutigen Traktandenliste nach hinten verschoben wurde. Die Behandlung der Geschäfte des Gemeinderats dürfte viel Zeit in Anspruch nehmen, was zur Folge haben könnte, dass dieser Vorstoss heute schon wieder nicht diskutiert werden kann.
- Die ursprüngliche Reihenfolge ergibt auch inhaltlich Sinn. Bei der Motion 20190126 geht es mit dem Klimanotstand um eine grundsätzliche Debatte, während bei der Motion 20190013 mit einem Reglement Umsetzungsfragen im Zentrum stehen. Es ist sinnvoller, zuerst die Grundsatzdebatte zu führen und danach zu diskutieren, wie die Klimaziele umgesetzt werden sollen.
- Heute sitzen auf der Tribüne viele junge Menschen, um die Debatte zum Klimanotstand zu verfolgen. Mit der neuen Reihenfolge ist jedoch fraglich, ob der Stadtrat die Motion 20190126 heute überhaupt noch diskutieren kann. Wenn sich junge Menschen für Politik interessieren, sollten ihnen keine Steine in den Weg gelegt werden.

Deshalb bitte ich Sie, zugunsten der politisch interessierten Jugendlichen meinem Antrag zuzustimmen und die ursprüngliche Reihenfolge beizubehalten.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Ich möchte noch rasch erklären, weshalb ich mich für eine andere Reihenfolge entschieden habe: Der Klimawandel ist eine reale Herausforderung und eine wirkliche Gefahr. Auf Gemeindeebene kann etwas erreicht werden. Für mich kommt das Konkrete vor dem Abstrakten. Ich möchte jetzt handeln und deshalb das Reglement zuerst beraten. An sich spielt die Reihenfolge aber keine grosse Rolle.

Bohnenblust Peter, FDP: Auch die Fraktion FDP ist für die Jungen und froh, dass sie sich um das Klima kümmern, wie übrigens auch viele ältere Menschen. Trotzdem finden wir die vom Stadtratspräsidenten vorgeschlagene Reihenfolge sinnvoller. Wir möchten zuerst konkret diskutieren. Eine allgemeine Debatte kann später geführt werden. Diese Einschätzung richtet sich aber keinesfalls gegen die Jungen. Zudem nehme ich an, dass die Diskussion um das Reglement nicht allzu lange dauern dürfte.

Abstimmung

- über den Antrag von Miro Meyer, die dringliche überparteiliche Motion 20190126 «Streikende Jugendliche ernst nehmen! – Klimanotstand ausrufen» direkt nach den Geschäften des Gemeinderats zu behandeln

Der Antrag wird angenommen.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, ein zusätzliches dringliches Traktandum zu behandeln. Es geht um das Geschäft 20190267 «Liegenschaft Grillenweg 4, Baurecht Grundbuchblatt Biel-Bienne Nr. 9501 Ausübung Vorkaufsrecht / Verpflichtungskredit». Gemäss Art. 31 Bst. e der Geschäftsordnung des Stadtrats (SGR 151.21) kann der Stadtrat die Behandlung eines Geschäfts mit einer 2/3-Mehrheit beschliessen. Ich bitte Sie, sich in den folgenden

Wortmeldungen nur darüber zu äussern, ob das Geschäft heute behandelt werden soll oder nicht.

Frank Lena, GPK: Die GPK ist über die kurzfristige Nachtraktandierung des oben erwähnten Geschäfts nicht erfreut. Eine gründliche Vorbereitung für ein derart wichtiges Geschäft ist so nicht möglich. Die GPK hat deshalb die Finanzdirektorin und den Direktor Bildung, Kultur und Sport an ihre letzte Sitzung eingeladen. Seit längerer Zeit war klar, dass vom Vorkaufsrecht Gebrauch gemacht wird. Wieso kommt es jetzt zu dieser überstürzten Nachtraktandierung? Auf Nachfrage erfuhr die GPK, dass der Gemeinderat den Verpflichtungskredit eigentlich erst an der Stadtratssitzung vom kommenden Oktober vorlegen wollte. Ein Rechtsgutachten ergab aber, dass der Stadtrat zur Einhaltung der Fristen bereits im September über das Vorkaufsrecht beschliessen muss. Die GPK empfiehlt deshalb die Nachtraktandierung des oben erwähnten Verpflichtungskredits.

Sprenger Titus, Fraktion Einfach libres!: Die Fraktion Einfach libres! wird der Nachtraktandierung nicht zustimmen. Die Dringlichkeit erfolgt aus zwei Gründen: Einerseits muss die Frist zur Ausübung des Vorkaufsrechts eingehalten werden und andererseits ist der Schulraumbedarf dringend. Die Fraktion Einfach libres! ist der Auffassung, dass der Gemeinderat die dringliche Behandlung aufgrund fehlender Weitsicht selber verschuldet hat. Die Fraktion Einfach libres! ist insbesondere über die mangelhafte Schulraumplanung beunruhigt. Für wirtschaftliche Zwecke werden Bodenressourcen freigehalten, um auf Anfragen privater Investoren schnell reagieren zu können. Hinsichtlich Schulraum ist jedoch keine vergleichbare Planung erkennbar. Weder werden Bodenressourcen freigehalten noch wird auf Verkaufsabsichten von BaurechtsnehmerInnen rechtzeitig reagiert. Es ist keine längerfristige Strategie erkennbar. Die Fraktion Einfach libres! lehnt die Nachtraktandierung deshalb ab. Wir spielen den Ball zurück an den Absender und beauftragen den Gemeinderat, die Schulraumplanung mit der notwendigen Weitsicht voranzutreiben.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Ma première réaction a été de ne pas entrer en matière car le Conseil de ville est de nouveau mis sous pression, ceci suite à des problèmes de coordination entre les départements de la Ville, c'est fâcheux! Le côté émotionnel et l'égo personnel mis de côté, le Conseil de ville doit cependant entrer en matière et débattre, peu importe l'issue des débats. Ceci, par respect pour les élèves de l'École de Boujean, mais aussi pour la fondation «l'Etrive» qui fait un excellent travail pour les personnes souffrant d'un handicap. Le Groupe PRR, en tant que parti démocratique et responsable, vous recommande d'entrer en matière, même si nous sommes tous et toutes fâché(e)s de la manière dont cette affaire est présentée ce soir.

Grupp Christoph, Fraktion Grüne: Wie ist es überhaupt zur Dringlichkeit gekommen? Die Stadtratsmitglieder fällen ungern Entscheide unter Zeitdruck. Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat dies ebenso empfunden hat, als er letzte Woche das Geschäft unter grossem zeitlichen Druck genehmigen musste. In solchen Fällen ist es angebracht, kurz durchzuschauen. Dass ein Drittel und eine zusätzliche Stimme im Stadtrat die Behandlung des Geschäfts blockieren kann, ist stossend. Muss wirklich jetzt sofort entschieden werden? Was passiert, wenn das Geschäft nicht heute behandelt wird? Beinhaltet der vorliegende Entwurf eine einmalige Gelegenheit? Was ändert sich inhaltlich, wenn der Entscheid aufgeschoben wird? Werden vertiefte Informationen gewonnen? Welche Risiken werden bei Zustimmung oder Ablehnung der dringlichen Behandlung eingegangen? Welche Auswirkung hat eine Behandlung

beziehungsweise Nichtbehandlung des Geschäfts? Wie es zu der Dringlichkeit kommen konnte, ist ein weiterer Fragenkomplex. Ich äussere mich zu den Auswirkungen einer Ablehnung der Behandlung der Vorlage. Gemäss dem Gemeinderat ist es für die Ausübung des Vorkaufsrechts nach der Stadtratssitzung im Oktober zu spät. Wer heute die dringliche Beratung ablehnt, lehnt auch die Ausübung des Vorkaufsrechts und damit die Schaffung von dringend benötigtem Schulraum ab. Mir scheint diese Auslegung des externen Gutachters sehr eng gefasst. Wie ist es überhaupt zu dieser Situation gekommen? Es sind sehr viele Fehler passiert. Für mich ist nicht nachvollziehbar, wie eine städtische Abteilung eine Liegenschaft verkaufen kann, ohne die andere städtische Abteilung, welche bekanntermassen dringenden Raumbedarf hat, zu informieren. Die internen Abläufe der Stadtverwaltung sind ungenügend geregelt. Bereits vor den Sommerferien zeichnete sich ab, dass die involvierten Parteien nicht handelseinig werden. Wieso wurde nicht darauf hingewiesen, dass einerseits dem Verkauf der Liegenschaft im Baurecht zugestimmt werden muss und andererseits noch der Ausübung des Vorkaufsrechts? Aus dem Bericht des Gemeinderats geht hervor, dass seit dem 17. Juni 2019 bekannt ist, dass das Vorkaufsrecht aktiv eingefordert werden muss. Was ist in den letzten drei Monaten passiert? Offenbar wurden weder das Stadtratsbüro noch die GPK darüber informiert. Ärgerlich ist ausserdem, dass die Presse bereits über diesen Fall berichtet hat, bevor die Stadtratsmitglieder informiert wurden. Ich finde das eine ungenügende Leistung des Gemeinderats! Die Fraktion Grüne ist der Meinung, dass der Kauf durch die Stiftung «L'Etrive» oder allenfalls durch die Stadt Biel ein viel zu wichtiges Geschäft ist, um es zu «verpassen». Ich bitte Sie, der dringenden Traktandierung, wenn auch zähneknirschend, zuzustimmen.

Wiher Max, Fraktion GLP+: Im Namen der Fraktion GLP+ stimme ich meinem Vorredner zu. Wie die Mehrheit im Stadtrat sind wir ebenfalls über die Hintergründe der Dringlichkeit schockiert. Die Situation ist aussergewöhnlich und zeugt von einer schlechten bis inexistenten Kommunikation zwischen den Direktionen. Demokratie bedeutet, dass 50% plus 1 über eine Abstimmung entscheiden und nicht bloss 30% plus 1. Die Fraktion GLP+ ist aufgrund von demokratischen Überlegungen für die Traktandierung des Geschäfts. In einer grundlegenden Diskussion können die Vorgänge zu diesem Geschäft besprochen werden.

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen ist von der Traktandierung dieses Geschäft auch nicht erfreut, nicht nur bezüglich des Inhalts, sondern auch wegen des Vorgehens. Das Geschäft so kurzfristig zu traktandieren ist äusserst störend. Die Stadt konkurriert damit die Stiftung «L'Etrive» in letzter Minute. Eine Klärung der Vorgänge vor der allfälligen Behandlung des Geschäfts würde die Fraktion SVP/Die Eidgenossen sehr begrüssen. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen lehnt deshalb das Eintreten ab und setzt damit ein Zeichen, das Vorgehen des Gemeinderats in dieser Sache nicht zu akzeptieren.

Leuenberger Bernhard, Fraktion FDP: Den VertreterInnen der Stiftung «L'Etrive» auf der Tribüne bekunde ich meine volle Sympathie. Die Nachtraktandierung des Geschäfts ärgerte die Fraktion FDP masslos. Mit der Dringlichkeit tut sich die Fraktion schwer. Ausnahmsweise kann ich den Äusserungen von Herrn Grupp in allen Punkten zustimmen. Die Fraktion FDP lehnt das Geschäft ab. Im Sinne des demokratischen Prozesses ist es jedoch wichtig, darüber zu diskutieren. Die Fraktion FDP hat mehrheitlich entschieden, der Nachtraktandierung zuzustimmen. Der Entscheid über die Nichtbehandlung des Geschäfts von einem Drittel plus einer Stimme ist nicht

demokratisch. Im Namen der Fraktion FDP bitte ich Sie deshalb, der Nachtraktandierung zuzustimmen.

Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO: Auch die Fraktion SP/JUSO empfindet gegenüber der Nachtraktandierung grossen Unmut. Gleichwohl wird die Fraktion der Nachtraktandierung zustimmen. Der Gemeinderat soll zu den Vorgängen Stellung nehmen. Wichtig ist ausserdem eine Würdigung der Arbeit der Stiftung L'Etrive.

Gonzalez Glenda, au nom du Groupe PSR: La situation n'est certes pas idéale et c'est un avis que le Groupe PSR partage également. Travailler et décider dans l'urgence n'est jamais une solution optimale. Mais, face à l'urgence de ce dossier et aussi en signe de respect pour les différentes parties concernées, il nous semble important d'entrer en matière et de discuter de l'affaire, car c'est la base de toute démocratie et de relation de respect. Par ailleurs, ce n'est pas le moment de juger de la collaboration et des différents processus entre les départements municipaux et le Conseil municipal. Il est important de garder cela en tête lors de la discussion qui pourrait suivre selon l'issue du vote. Le Groupe PSR pense qu'il est important de trouver la meilleure solution pour la Ville et son avenir. Nous vous demandons d'entrer en matière sur cette affaire.

Hamdaoui Mohamed, PDC: Je vous propose d'entrer en matière et j'espère que toutes les personnes qui ont l'esprit critique sauront aussi le manifester au moment du vote.

Brunner Thomas, EVP: Mit der dringlichen Traktandierung verstösst der Gemeinderat gegen Treu und Glauben. Wo Fehler passieren, muss anschliessend dazu gestanden werden. Dies wird normalerweise bereits den Kindern beigebracht. Darüber hinaus hat sich die Stadt als faire Verliererin zu zeigen. Eine Nachtraktandierung ist deshalb gar nicht notwendig. Die Situation ist bekannt, jetzt müssen daraus die Lehren gezogen werden.

Steidle Silvia, directrice des finances: Comme l'a justement indiqué le Président du Conseil de ville, il s'agit de décider si cette affaire peut, ou non, être mise à l'ordre du jour de cette séance. Pour ce faire, les deux tiers des membres du Conseil de ville doivent y consentir. Seule une mise à l'ordre du jour permettra de débattre matériellement de cet objet. Le Conseil municipal trouverait regrettable de ne pas entrer en matière sur cette affaire et de ne pas permettre au Parlement de débattre de l'affaire en toute connaissance de cause, ceci d'autant plus que vous avez tous et toutes travaillé au sein de vos groupes et même longuement débattu. Il est important pour le Conseil municipal d'entendre les critiques, les arguments mais aussi les attentes de la Commission de gestion (CDG) afin de tirer d'éventuelles leçons pour l'avenir.

Monsieur Grupp, une mise à l'ordre du jour plus tôt aurait sans doute été possible, mais avec quelles conséquences? En effet, vu toutes les questions que le Conseil municipal a reçues, nous sommes certains que vous comprendrez qu'une affaire de ce type demande une grande préparation et doit être consolidée avant d'être soumise au Parlement.

Madame Schneider, vous avez dit que vous refusiez cette mise à l'ordre du jour. La fondation «L'Etrive» ayant signé ce contrat le 13 juin 2019, nous avons, jour pour jour, quatre mois pour traiter et présenter cette affaire. La Direction des finances mais aussi d'autres départements ont travaillé sur ce dossier. Il a fallu vérifier s'il était possible

d'installer une école dans ce bâtiment. Je ne mentionne pas toutes les vérifications qui ont dû être faites, comme le plan de zone, les estimations des coûts de rénovation, etc. Il a fallu trouver une solution pour la fondation «L'Etrive», qui est très importante, puis rédiger et traduire l'affaire afin de pouvoir la présenter au Conseil de ville.

Je vous confirme que l'ensemble du Conseil municipal regrette fortement de devoir vous faire cette demande de changement de l'ordre du jour, aujourd'hui seulement. Nous aurions bien entendu préféré une discussion entre partenaires, qui ne mette pas le Parlement dans la situation actuelle. Il aurait été préférable de traiter cette affaire en octobre avec l'achat du bâtiment, respectivement les coûts de transformation consolidés, afin que le Conseil de ville puisse en décider en tout état de cause. D'un point de vue légal, ce n'était malheureusement pas possible, comme la présidente de la CDG vous l'a expliqué. Nous devons donc procéder de cette manière et vous prions de consentir à la mise à l'ordre du jour de cette affaire et d'entrer en matière sur cet objet.

Abstimmung

- über den Antrag des Gemeinderats, das Geschäft 20190267 «Liegenschaft Grillenweg 4, Baurecht Grundbuchblatt Biel-Bienne Nr. 9501 Ausübung Vorkaufsrecht / Verpflichtungskredit» an der heutigen Sitzung zu traktandieren

Der Antrag wird abgelehnt.

171. Mitteilungen Stadtratsbüro

Abrechnung in der Kompetenz der GPK

Klemmer Regula, Ratssekretärin: Die GPK hat anlässlich ihrer Sitzung vom 12. September 2019 die folgende **Abrechnung** des Verpflichtungskredits der Direktion Bau, Energie und Umwelt **in eigener Kompetenz und einstimmig genehmigt:**

- 20100207 Ersatz Haustechnik Leitsysteme Altersheim Schüsspark und Kinderhort Mett

172. Protokollgenehmigungen (15. März 2018 und 19. April 2018 / Nr. 3 und 4)

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Zu den Protokollen gibt es eine Korrektur. Ich erteile dazu der Ratssekretärin, Regula Klemmer das Wort.

Klemmer Regula, Secrétaire parlementaire: À la page 161 du procès-verbal n° 4, au titre «Wahl des Stadtratpräsident/präsidentin», à la 3^{ème} ligne de l'intervention de Ruth Tennenbaum, il faut faire la correction suivante: pour une durée de **seize** mois et non de quinze mois.

173. 20190238 Vorzeitige Verlängerung und Ausdehnung des Baurechtes Evilard-Gbbl. Nr. 1002 (Bodenparzelle Evilard-Gbbl. Nr. 972 und Nr. 123) der Eidgenossenschaft (BASPO)

Tanner Anna, GPK: Im vorliegenden Geschäft befindet der Stadtrat über die vorzeitige Verlängerung des Baurechts. Der Gemeinderat erwähnt in seinem Bericht, dass die Stadt Eigentümerin verschiedener Grundstücke in Evilard-Magglingen ist. Diese werden in Miete oder Baurecht dem Bundesamt für Sport (BASPO) zur Verfügung gestellt. Das BASPO meldet Raumbedarf für das nationale Sportzentrum Magglingen und zusätzliche Ausbildungshallen. Magglingen ist für das BASPO ein wichtiger Standort. Massgebende Bereiche der nationalen Sportförderung werden an diesem Standort betrieben, darunter Bildung und Forschung, Entwicklung, Beratung, Sportpolitik und Programmvollzug. Das BASPO plant einen Neubau für Hydroregeneration und -rehabilitation. Die Fläche wird insgesamt auf 619 m² des Grundstücks Nr. 123 ausgedehnt. Neu handelt es sich um eine Baufläche von 6'659 m². Der Vertrag läuft bis 2079. Der Preis pro m² wurde auf CHF 200 ausgehandelt. Die GPK äussert sich grundsätzlich positiv zu diesem Geschäft. Der Quadratmeterpreis wurde neu verhandelt und ist angestiegen. Zudem hat sich die Fläche vergrössert, was sich positiv auf die Bilanz auswirkt. Trotzdem fragt sich die GPK, ob CHF 200 pro m² ein guter Preis ist oder mehr hätte herausgeholt werden können. Die GPK empfiehlt ansonsten die Annahme des vorliegenden Entwurfs.

Strobel Salome, Fraktion SP/JUSO: Grundsätzlich kann die Fraktion SP/JUSO dem Geschäft zustimmen. Dass die Eidgenössische Hochschule für Sport in den Standort Magglingen investiert und diesen damit stärkt, freut uns. Wir begrüssen auch die Erweiterung des bestehenden Gebäudes anstelle eines Neubaus auf der grünen Wiese. Der Natur wird damit der nötige Respekt entgegengebracht und die weitere Zersiedelung vermieden. Trotzdem bleibt ein kleines aber: An seiner letzten Sitzung hat der Stadtrat für die Wohnbaugenossenschaft für Mitarbeitende des BASPO ein Landwert von CHF 430 pro m² genehmigt (20190217 «Magglingen, Hauptstrasse 207-211: Übernahme des Baurechts durch die Wohnbaugenossenschaft Magglingen und Verlängerung des Baurechtes auf Evilard-Grundbuchblatt Nr. 960 mit der Wohnbaugenossenschaft Magglingen»). Im vorliegenden Geschäft wird CHF 200 pro m² berechnet. Abgesehen davon, dass dieser Standort keine Fernsicht auf die Alpen bietet und sich nicht in einer Zone für private Nutzung befindet, scheint der Preis sehr freundschaftlich zu sein. Vielleicht kann der Gemeinderat erklären, wie der Preis zustande gekommen ist? Trotzdem möchte die Fraktion SP/JUSO dem sympathischen Projekt keine Steine in den Weg legen und wird dem Geschäft mehrheitlich zustimmen.

Zumstein Joël, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen hat vom vorliegenden Bericht des Gemeinderats Kenntnis genommen. Baurechtsverträge sind beinahe Routineangelegenheiten und werden dem Stadtrat öfter vorgelegt. Ich gehe daher nicht im Detail darauf ein. Aus Sicht der Fraktion SVP/Die Eidgenossen ist der vorliegende Antrag zu begrüssen. Der Stadtrat beschliesst nicht nur über die Verlängerung des Baurechts, sondern setzt damit ein Zeichen für den Sport und insbesondere den Spitzensport. Aus diesen Gründen wird die Fraktion SVP/Die Eidgenossen dem vorliegenden Entwurf einstimmig zustimmen.

Loderer Benedikt, Fraktion Grüne: In Magglingen wird das nationale Prestige der Schweiz «hergestellt». Die Fraktion Grüne ist selbstverständlich dafür, dieses ungehindert weiterhin zu fördern, und wird dem vorliegenden Entwurf zustimmen.

Ogi Pierre, au nom du Groupe PSR: Le Groupe PSR a aussi étudié le problème et ce dossier est présenté conformément à l'idée que nous nous étions fait du droit de superficie. Notre groupe soutient cette prolongation du droit de superficie et demande au Conseil de ville d'en faire de même.

Steidle Silvia, directrice des finances: Monsieur le Président, même si cette affaire n'est pas contestée, je souhaite tout de même pouvoir dire quelque chose (*rires dans la salle*). Le Conseil municipal est fier que la Ville de Bienne continue à être une importante propriétaire foncière à Evilard-Macolin et puisse ainsi contribuer ainsi au développement de l'OFSPO, important pour notre région. Celles et ceux qui ont eu l'occasion de visiter, samedi passé, les installations sportives à l'occasion des 75 ans de l'Office fédéral du sport (OFSPO) de Macolin ont pu également voir le nouveau Guide d'art et d'histoire «L'Office fédéral du sport à Macolin», qui vient de paraître. Cet ouvrage retrace 150 ans de l'histoire des bâtiments de l'OFSPPO, entre le Grand Hôtel à l'architecture classique et les bâtiments construits lors de l'ouverture de l'École de sport en 1944, influencés par le style de la Landi, pour terminer par les réalisations de Max Schlup dans les années 70. Je vous invite à acquérir ce nouveau guide publié par la Société d'histoire de l'art en Suisse (SHAS).

Je souhaiterais répondre à la question concernant la partie financière. La valeur du terrain est fixée à 200 fr. le m² car les bâtiments de l'OFSPPO se trouvent en zone d'utilité publique pour constructions ou installations sportives. Ce prix a été approuvé, Mme Strobel, par le Conseil de ville le 22 février 2017, lorsqu'il avait octroyé des terrains avoisinants pour l'extension de la salle du Salle de Sport-Toto ainsi que la construction de salles de théorie. Il s'agissait du même prix.

Je vous remercie d'accorder cette prolongation anticipée et extension du droit de superficie afin que l'OFSPPO de Macolin puisse réaliser cette nouvelle étape et que la Ville de Bienne puisse y contribuer.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme des Berichts des Gemeinderates vom 3. Juli 2019, gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Bst. c der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Die Einwohnergemeinde Biel verlängert das Baurecht Evilard-Grundbuchblatt Nr. 1002 mit einer Erweiterung um 619 m² und damit mit einem Halt von 6'659 m² gemäss Baurechtsvertrag vom 8. Mai 2019 (Urschrift Nr. 6483) um 60 Jahre bis zum 31.12.2079.
2. Der verzinsbare Landwert wird auf CHF 1'331'800.00 festgelegt, wovon CHF 1'208'000.00 auf das Grundstück Nr. 972 und CHF 123'800.00 auf das Grundstück Nr. 123 fallen.
3. Die Gutschrift des Buchgewinnes von total CHF 957'200.90 erfolgt auf dem Konto 29300.2200 Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens.
4. Der Zinssatz wird auf 2.50% festgesetzt, was einem kapitalisierten Baurechtszins von CHF 33'295.00 pro Jahr entspricht.

5. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt. Er wird ermächtigt, diese Kompetenz an die zuständige Direktion zu delegieren.

174. 20190245 Dienstleistungsvertrag für die Kontrolle des ruhenden Verkehrs und der manuellen Verkehrsregelung in der Stadt Biel / Verpflichtungskredit

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Es liegt ein Rückweisungsantrag der Fraktionen SP/JUSO und Grüne vor. Gemäss Art. 52 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtrats (SGR 151.21) muss wie bei einem Ordnungsantrag sofort darüber beraten und abgestimmt werden.

Rückweisungsantrag

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktionen SP/JUSO und Grüne stellen den **Antrag auf Rückweisung des vorliegenden Verpflichtungskredits** und verlangen vom Gemeinderat die Ausarbeitung einer Variante, die dem vorliegenden Entwurf gegenübergestellt wird und die Anstellung von städtischem Personal für die Kontrolle des ruhenden Verkehrs und der manuellen Verkehrsregelung beinhaltet. Wir verlangen Vergleichsmöglichkeiten und Transparenz. Es geht auch um das Wohl der arbeitenden Menschen. Heute haben die Mitarbeitenden der Securitas AG sicher schlechtere Anstellungsbedingungen als die, welche die Stadt bietet. Für den gleichen Betrag kann die Stadt das notwendige Personal selber anstellen. Dies wird im Bericht des Gemeinderats auch so erwähnt. Die Flexibilität von städtischen Angestellten wäre grösser, da keine Vereinbarungen eines Leistungsvertrags einzuhalten wären. Eine möglichst rasche Abklärung wäre wünschenswert. Eine Vergleichsanalyse scheint bereits vorzuliegen. Um nicht unter Zeitdruck zu geraten, könnte heute der bestehende Leistungsvertrag um ein Jahr verlängert werden. Die Vorlage eines neuen Entwurfs mit Variante sollte aber möglichst rasch erfolgen, da bei Zustimmung zu einer stadteigenen Lösung die notwendigen Mitarbeitenden zu rekrutieren sind. Ich danke Ihnen für die Zustimmung zum vorliegenden Rückweisungsantrag.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP: Der vorliegende Entwurf bezieht sich auf die beschlossene Massnahme 3-5 im Rahmen des Projekts «Nachhaltige Haushaltssanierung» (NHS). Die Fraktion FDP lehnt die Rückweisung ab. Sie ist der Auffassung, dass der Auftrag durch eine private Firma flexibler und preisgünstiger erfüllt werden kann. Ich vermute, dass bei Annahme des Rückweisungsantrags das ganze Ausschreibungsverfahren aufgrund der einzuhaltenden Fristen nochmals durchgeführt werden muss. Das würde wiederum zu höheren Kosten führen. Die Fraktion FDP wird dem vorliegenden Entwurf des Gemeinderats zustimmen und lehnt die Rückweisung ab. Ein Stellenausbau beim städtischen Personal für Aufgaben, die eine private Firma genauso gut wahrnehmen kann, ist nicht notwendig.

Steinmann Alfred, SP: Im Bericht des Gemeinderats steht, dass externes Personal etwa gleich viel kostet wie städtisches. Eigenes Personal lässt sich aber besser kontrollieren. Ich sehe deshalb nicht ein, warum nicht eine Variante geprüft werden soll.

Suter Daniel, PRR: Avec ce contrat de prestation pour le contrôle des véhicules stationnés et la gestion manuelle du trafic à Bienne, il s'agirait de maintenir une pratique

existante en gardant la structure du contrôle policier. Toutefois, il faudrait perpétuer ce contrat sous d'autres formes, si le Conseil de ville entre en matière. Je rappelle que les revenus des amendes d'ordre générés par le contrôle des véhicules stationnés sont d'environ 1'400'000 fr. par an. Ce montant est affecté au compte de fonctionnement. Je pense que cette affaire a été suffisamment détaillée pour que le Conseil de ville puisse entrer en matière.

Bohnenblust Peter, FDP: Ich muss Herrn Steinmann widersprechen. Im Bericht des Gemeinderats steht: *«Die mit der erwähnten Massnahme angestrebten Finanzziele konnten erreicht werden»*. Auf Nachfrage wurde mir gesagt, dass das Controlling noch nicht abgeschlossen ist. Die Kosten der 5 neu geschaffenen Stellen belaufen sich auf CHF 460'000. Demgegenüber stehen Einsparungen von CHF 420'000 im Jahr 2016 und CHF 300'000 im Jahr 2014, vor der Stellenschaffung. Die heutige Mischlösung ist finanziell vorteilhafter als eine Lösung mit ausschliesslich städtischem Personal.

Scheuss Urs, Grüne: Die Diskussion zwischen den Stadtratskollegen Alfred Steinmann und Peter Bohnenblust bestätigt eigentlich die Gründe für den Rückweisungsantrag. Ein Vergleich des heutigen Entwurfs mit einer Variante mit städtischem Personal wäre nützlich. Ich muss Daniel Suter widersprechen. Die Darstellung des Gemeinderats, warum er am heutigen System festhalten möchte, ist nicht nachvollziehbar. Ich danke Ihnen für die Zustimmung zum vorliegenden Rückweisungsantrag.

Francescutto Luca, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Le Groupe UDC/Les Confédérés est contre la proposition de renvoi des groupes SP/JUSO et Les Verts pour différentes raisons, dont plusieurs ont déjà été exposées ce soir. Je prends la parole car un point n'a pas encore été abordé. En effet, si la Ville devait se charger de tous les contrôles routiers, un problème d'effectifs apparaîtrait, particulièrement dans le cadre de contrôle de gros événements, comme par exemple le BigBang. Il y aussi d'autres événements où la Ville faisait appel à un prestataire privé, uniquement en cas de besoin. Si ce n'était plus possible, la Ville devrait engager beaucoup plus de collaborateurs et collaboratrices qui ne seraient pas occupé·e·s durant une bonne partie de l'année. Cette solution serait plus onéreuse.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Der vorliegende Entwurf erfolgte nach der notwendigen Ausschreibung aufgrund der geänderten Rechtsetzungspraxis. Der Gemeinderat hat sich nicht mit unterschiedlichen Lösungen auseinandergesetzt. Die im Rahmen der NHS-Debatte erwähnte Massnahme 3-5 wurde seinerzeit vom Stadtrat beschlossen. Ein Teil der von der Securitas AG bis 2014 erbrachten Leistungen wird seither mit städtischem Personal erbracht. Das Ziel der Massnahme war eine Umsatzsteigerung im Bereich der Bussenerhebung. Es ging um Ertragssteigerung, Kosten wurden keine eingespart. Erste Erfahrungen mit städtischem gegenüber externem Personal wurden gesammelt. Tendenziell lässt sich feststellen, dass es schwieriger ist, mit noch mehr stadteigenem Personal zu arbeiten. Erwähnt wurden die schlechteren Anstellungsbedingungen des externen Partners. Das ist jedoch nicht zwingend so. Der grösste Teil des Leistungsvertrags betrifft die Auftragserteilung für die Bussenvergabe. Ein kleinerer Teil fällt auf die Unterstützung bei Spitzenauslastung. Die Spitzenauslastung allein mit Mitarbeitenden der Stadt abzudecken, ist nicht möglich. Es müssten Mitarbeitende angestellt werden, die ausserhalb der Spitzen nicht beschäftigt werden könnten. Die Tätigkeiten des Dienstes Sicherheit, Intervention, Prävention (SIP) der Stadt können nicht beliebig verschoben

werden. Die Aufgabe der Bussenerhebung bedingt ein anderes Anforderungsprofil. Das Budget der SIP ist gebunden und kann nicht ausgedehnt werden. Ausserdem kann nicht erwartet werden, dass städtische Angestellte ausschliesslich Bussen erheben. Bei der Securitas AG hingegen können auch andere Tätigkeiten, dem Anforderungsprofil entsprechend, wahrgenommen werden. Eine Person zu mehr als 60% ihrer Tätigkeit mit der Bussenerhebung zu beschäftigen ist unattraktiv und kann zu gesundheitlichen Problemen führen. Um eine vertiefte Analyse durchführen zu können, wird mehr Zeit benötigt. Für Erfahrungswerte ist die Zeitspanne seit Einführung der NHS-Massnahme zu kurz. Aufgrund dieser Überlegungen ist die heutige Aufteilung der externen und internen Stellen für die Aufgaben der SIP sinnvoll. Ich empfehle Ihnen, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Steinmann Alfred, SP: Ich denke nicht, dass die Zeitspanne für eine Analyse zu kurz ist. Es wäre ausserdem möglich, Teilzeitstellen zu schaffen. Der Bedarf zu Spitzenzeiten könnte von der SIP, nicht für Kontrollen des ruhenden Verkehrs, aber durchaus zur Aufsicht an Anlässen, abgedeckt werden. Die Antragstellenden halten am Rückweisungsantrag fest.

Bohnenblust Peter, FDP: Ich zitiere aus meinem Votum zum Geschäft 20130426 «Nachhaltige Haushaltssanierung (NHS) / Massnahmenkatalog 2016+», zur Massnahme 3-5 im Stadtratsprotokoll vom 20. Mai 2015: *«Hat sich der Gemeinderat überlegt, wer wie kontrolliert und ob dieser Mehrertrag auch erreicht wird? Was geschieht, wenn das Ziel nicht erreicht wird?»* Ist der Gemeinderat allenfalls bereit, die 5 Stellen wieder aufzuheben, wenn das Ziel entgegen seiner Behauptung nicht erreicht wird? Spass beiseite, der Rückweisungsantrag ist abzulehnen. Merci.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Herr Steinmann, die SIP erbringt heute schon zu Spitzenzeiten die maximale Leistung. Zugekauft werden nur die absolut notwendigen Dienstleistungen. Genügend Personal mit Teilzeitpensen zu finden ist nicht sichergestellt. Zu Ihrer Frage nach Stellenaufhebung, Herr Bohnenblust: Es wird nicht nur eine Gesamtkalkulation aller NHS-Massnahmen vorgenommen. Der Gemeinderat verfolgt in einem Monitoring die einzelnen Resultate jeder Massnahme und wird diese diskutieren. Das kann auch einen Stellenabbau zur Folge haben.

Abstimmung

- über den Rückweisungsantrag der Fraktionen SP/JUSO und Grüne

Der Rückweisungsantrag wird abgelehnt.

Detailberatung

Gurtner-Oesch Sandra, GPK: Ich vertrete die Sprecherin der GPK, Frau Wendling und halte mich an Ihre vorbereiteten Notizen. Die Kontrolle des ruhenden Verkehrs kann, gestützt auf Art. 2 der Stadtordnung (SGR 101.1) durch die Stadt erfolgen. Seit 1999 hat die Stadt Biel einen Vertrag mit Securitas AG. Dieser Vertrag wurde damals freihändig vergeben. Mit der Ausschreibung des neuen Dienstleistungsvertrags wird den Änderungen im Bereich des Beschaffungsrechts Rechnung getragen. Die Vergabe des Auftrags muss im offenen Verfahren erfolgen. Die GPK weist darauf hin, dass für die rechtmässige Durchführung dieses Verfahrens eine externe Beratungsfirma

beauftragt werden musste. Ein anderer Aspekt, den die GPK beleuchtet hat, ist die Umsetzung der NHS-Massnahme 3-5, die 2015 vom Stadtrat beschlossen wurde. Diese Massnahme wird gemäss Gemeinderat dadurch erfüllt, dass städtische Mitarbeitende effizienter arbeiten und einen höheren Ertrag erzielen würden. Aus Sicht der GPK ist diese Begründung nachvollziehbar, ohne zahlenmässige Abstützung aber eine blossе Vermutung. Angestrebt wurde mit der Massnahme eine jährliche Verbesserung des Ergebnisses um CHF 140'000. Ein Vergleich der Zahlen zwischen interner und externer Tätigkeit liegt nicht vor. Weitere kritische Anmerkungen hat die GPK nicht und beantragt dem Stadtrat die Genehmigung des Verpflichtungskredits.

Suter Daniel, au nom du Groupe PRR: Je confirme ce que beaucoup de personnes ont déjà dit. Le contrat de prestations soumis au Conseil de ville incite à prolonger une pratique qui a déjà cours depuis un certain temps, à savoir que certaines tâches de police, notamment le contrôle des véhicules à l'arrêt, sont confiées à un prestataire privé. Rien ne s'oppose à ce que cette pratique soit poursuivie. Ces prestations seront dorénavant financées par un crédit d'engagement pour une période de quatre ans, alors que, jusqu'à présent, cela se faisait d'année en année par des crédits budgétaires. Ce qui est également nouveau, c'est que le mandat de prestations a fait l'objet d'un appel d'offres au sens de la Loi (LCMP), RSB 731.2 et de l'Ordonnance (OCMP), RSB 731.21 sur les marchés publics du Canton de Berne. Mieux vaut tard que jamais! En effet, cette procédure aurait déjà dû être appliquée depuis 2003.

Par ailleurs, il est vrai qu'en lisant le rapport je suis tombé sur des phrases qui sont très peu précises: *«La fourniture de cette prestation par du personnel externe coûte à peu près autant que sa fourniture par du personnel communal»*. C'est une affirmation approximative, que j'ai pris la peine de vérifier. Dans le cadre du projet d'assainissement durable des finances communales (NHS), la mesure NHS 3-5 a permis de créer cinq postes à plein temps au sein de l'Administration municipale, ce qui coûte à la Ville 460'000 fr., auxquels s'ajoutent les frais d'équipements. Parallèlement, les prestations de l'entreprise de sécurité Securitas S.A. ont été diminuées de 424'000 fr. La différence de 36'000 fr. n'est pas négligeable, me semble-t-il! Par conséquent, le gain escompté pour la mesure 3-5 NHS devait se faire par les revenus des amendes d'ordre générées par le contrôle des véhicules stationnés. Toutefois, après vérification, je constate qu'entre 2016 et 2017, ces revenus ont augmenté de 234'000 fr. alors qu'entre 2017 et 2018, ils ont diminué de 556'000 francs. Manifestement, cela est dû à une absence de personnel temporaire car les prestations de Securitas S.A. avaient été diminuées. La réalisation et la mise en oeuvre de cette mesure NHS est très difficile à surveiller et finalement je ne sais pas par quels moyens ces cinq postes créés pouvaient améliorer le revenu escompté. Dans l'affaire qui nous concerne, il faut simplement renouveler le contrat existant, en gardant la même structure qui fonctionne. Le Groupe PRR vous prie d'accepter la proposition du Conseil municipal.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP stimmt dem vorliegenden Verpflichtungskredit zu. Die Änderung des Beschaffungsverfahrens führte zu Einsparungen im Leistungsvertrag. Auffallend ist die Vergabe des Ausschreibungsverfahrens an eine externe Beratungsfirma für CHF 12'000. Dass die Stadtverwaltung das Verfahren nicht selber durchführt, erstaunt mich. Die Fraktion FDP stellt einen **Änderungsantrag: Der Gesamtbetrag ist nicht mit CHF 2,55 Mio. zu veranschlagen, sondern mit CHF 2,498 Mio.** Die Ausschreibung wurde durchgeführt und die Vergabe in der Zwischenzeit getätigt. Es hat sich herausgestellt, dass pro Jahr

CHF 13'000, total CHF 52'000 eingespart werden. Dieser Betrag ist somit vom Gesamtbetrag abzuziehen. Ich komme zurück auf die NHS-Massnahme. Der im vorliegenden Bericht des Gemeinderats erwähnte Satz: *«Die mit der erwähnten Massnahme angestrebten Finanzziele konnten erreicht werden»* stimmt nicht. Auf Nachfrage wurde mir mitgeteilt, dass ein aussagekräftiges Controlling noch nicht vorliegt, weil die NHS-Massnahme 3-5 erst verspätet umgesetzt werden konnte. Ich nehme zur Kenntnis, dass der Gemeinderat bereit ist, bei Nichterfüllung der Finanzziele allenfalls auf die Massnahme zurückzukommen. Ich bitte Sie, dem vorliegenden Verpflichtungskredit und dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Der Änderungsantrag betrifft Punkt 1 des Beschlussesentwurfs. Der Gesamtbetrag des Verpflichtungskredits soll angepasst werden auf CHF 2.498 Mio.

Epper Bettina, Fraktion Grüne: Kontrollen des ruhenden Verkehrs sind bitter nötig, es braucht viel mehr davon. Ich sehe jeden Tag Autos auf Trottoirs, ausserdem blockieren sie Fussgängerstreifen und Velowege. Oft stehen immer wieder dieselben Autos an denselben Stellen. Mir kam dabei schon öfter der Gedanke, Bussen zu verteilen. Ich müsste nicht mehr arbeiten gehen, die Bussgelder würden locker zum leben reichen. Die Gelder fliessen jedoch in die Stadtkasse und nicht in das Portemonnaie derjenigen, welche die Bussen ausstellen. Der Lohn der Angestellten bei der Securitas ist für diese Arbeit wahrscheinlich nicht besonders hoch. Bei einer Anstellung durch die Stadt könnte zumindest Einfluss auf die Löhne und Arbeitsbedingungen genommen werden. Die Fraktion Grüne wünscht deshalb, künftig frühzeitig über dieses Thema zu diskutieren. Dieses Mal werden wir dem vorliegenden Verpflichtungskredit zustimmen.

Briechle Dennis, Fraktion GLP+: Auch die Fraktion GLP+ wird den vorliegenden Verpflichtungskredit annehmen. Meine Vorrednerin hat bereits ausgeführt, was der Bussenertrag eindrücklich zeigt: Leider sind viele Leute nicht bereit, sich an die Regeln zu halten. Mit der Kontrolle des ruhenden Verkehrs wird somit ein wichtiger Beitrag zur Verteidigung des öffentlichen Raums geleistet. Die Fraktion GLP+ hofft, dass die manuelle Verkehrsregelung auf dem Bahnhofplatz durch eine Umgestaltung früher oder später überflüssig wird. Im Moment ist diese dort aber sicher notwendig. Letztendlich lobt die Fraktion GLP+ den Gemeinderat. Der Bericht legt ausführlich dar, auf welche rechtlichen Grundlagen sich der Auftrag stützt. Der Gemeinderat führt den gesetzlich vorgeschriebenen Beschaffungsweg vorschriftsgemäss aus. Die Fraktion GLP+ hofft, dass der Gemeinderat künftige Beschaffungen ebenso detailliert und ausführlich erläutert. Die Fraktion GLP+ wird dem vorliegenden Verpflichtungskredit zustimmen.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Ich habe zwei Fragen an den Gemeinderat. Wie kommt die Fraktion FDP in ihrem Änderungsantrag auf den Betrag der Einsparungen von CHF 52'000? Letztthin habe ich in Bern eine Parkbusse von CHF 40 erhalten. Beim bezahlen stellte ich fest, dass auf der Rechnung die Kontonummer der Securitas AG aufgeführt ist. Wird das in Biel auch so gehandhabt? Behält die Securitas AG eine Abgeltung und fliesst somit nicht der gesamte Betrag an die Stadtkasse?

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Ich danke den Stadtratsmitgliedern für die lobenden und kritischen Äusserungen. Die Kritik zur NHS-Massnahme 3-5 nimmt der Gemeinderat ernst. Frau Epper, die SIP würde Sie sehr gerne anstellen,

denn wir sind auf der Suche nach guten Mitarbeitenden. Frau Tennenbaum, die durch die Securitas AG ausgestellten Bussbescheide werden direkt an die Bieler Stadtkasse bezahlt. Ausgenommen sind Rechtsverfahren bei Nichtbezahlung der Busse, diese Bussgelder werden schlussendlich an die Staatskasse des Kantons Bern bezahlt. Noch ein Wort zum Änderungsantrag: Der im Bericht des Gemeinderats aufgeführte Betrag basiert auf einer Annahme vor der Vergabe. Unterdessen liegt das definitive Angebot der Securitas AG vor. Herr Bohnenblust hat daraufhin sofort die Differenz errechnet. Der Gemeinderat heisst den im Änderungsantrag angepassten Betrag gut.

Abstimmung

- über den Änderungsantrag der Fraktion FDP, im Punkt 1 des Beschlussesentwurfs den Gesamtbetrag auf CHF 2,498 Mio. anzupassen

Der Antrag wird angenommen.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 3. Juli 2019, gestützt auf Art. 39 Abs.1 lit. a und lit. e der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Für die vertragliche Wahrnehmung der Aufgaben der Kontrolle des ruhenden Verkehrs sowie der manuellen Verkehrsregelung über eine Laufzeit von vier Jahren (01.01.2020 – 31.12.2023) durch einen privaten Anbieter, bzw. eine private Anbieterin wird ein Verpflichtungskredit in der Höhe von total CHF 2'498'000.00 genehmigt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

175. 20190232 Bildungsstrategie 2019-2022 / Kenntnisnahme

Pittet Natasha, au nom de la Commission de gestion: La Commission de gestion (CDG) a pris connaissance avec beaucoup d'intérêt de la stratégie de formation 2019-2022. Les trois axes principaux qui y sont dessinés nous semblent essentiels: élèves (parents), corps enseignant et infrastructures. La Ville de Bienne a besoin d'écoles fortes pour assurer à tous les enfants de cette ville une formation de qualité. Pour ce faire, il faut un corps enseignant motivé, imaginatif et passionné, mais aussi des infrastructures modernes. La CDG souhaite surtout souligner combien il est important que la gestion des locaux scolaires se fasse en concertation avec tous les services de la Ville et, surtout, bien à l'avance. Cet élément de la stratégie doit être mis en oeuvre de manière prioritaire et mieux organisé que ce fut le cas pour l'objet traité lors du premier volet de notre séance de ce soir! Cette stratégie donne uniquement des pistes et des axes. Des projets concrets doivent encore être élaborés, comme le projet d'informatique scolaire DiAna, accepté par le Parlement cette année. Le but, aujourd'hui, n'est pas d'examiner quels projets ou quels coûts découleront de la

Stratégie de formation 2019-2022, mais simplement d'en prendre connaissance, ce que nous faisons avec plaisir ce soir.

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO dankt dem Gemeinderat für die Ausarbeitung der vorliegenden Bildungsstrategie. Die Ziele sind wegweisend, jedoch nicht einfach zu erfüllen. Als ganz wichtig erachtet die Fraktion die Frühförderung. Dieser Punkt ist essentiell für bildungsferne Familien oder Familien mit Migrationshintergrund. Die Schwierigkeiten dürften darin liegen, die Eltern zur Frühförderung ihrer Kinder zu bewegen. Dass Eltern ihre Kinder in der Sprache ihrer Wahl einschulen können, ist stossend. Die Einschulung sollte in jener Sprache erfolgen, in welcher die Eltern ihre Kinder besser unterstützen können. Ein «Sprachbad» in verschiedenen Sprachen kann dazu führen, dass Kinder Sprachstörungen entwickeln. Das wäre nicht nur für die Entwicklung der Kinder bedauerlich, sondern würde zusätzliche Kosten generieren. Die Fraktion SP/JUSO unterstützt deshalb das Anliegen des Gemeinderats, die gesetzlichen Grundlagen anzupassen. Die Kinder haben in Biel schliesslich die Chance, nach dem Kindergarten in die Filière Bilingue (FiBi) einzutreten. Die Zweisprachigkeit ist ein wichtiger Trumpf der Stadt Biel. Es müssen deshalb auch ausserhalb der FiBi Wege geschaffen werden, die andere Sprache durch Immersion zu erleben. Ansatzweise sollte dies auch in jeder anderen Bieler Schule erfolgen. Wünschenswert wäre, dass die Lehrkräfte mehr Wertschätzung für ihre Arbeit erfahren. So sind sie auch bereit, innovativen Schulunterricht zu bieten. Allerdings sollten dafür die administrativen Arbeiten der Lehrpersonen abgebaut werden. Eine ausreichende Unterstützung während der Schulzeit für SchülerInnen mit Lernschwierigkeiten ist wesentlich. Sei dies durch Heilpädagogik, Schulsozialarbeit oder Hilfestellung bei der Suche nach Lehrstellen. Diese Unterstützung kostet viel Geld, ist aber wichtig und spart letztendlich Geldmittel bei der Sozialhilfe. Nur ein kleiner Teil dieser Aufwendungen wird vom Kanton finanziert. Der Gemeinderat muss sich beim Kanton dafür einsetzen, dass solche Kosten nicht immer auf die Gemeinden abgewälzt werden. Das letzte negative Beispiel ist die vom Kanton geplante Auferlegung eines Selbstbehalts an die Gemeinden für die Sozialhilfe. Die Stadt Biel hat immer mehr kantonale Aufgaben zu übernehmen. Das geht so nicht! Mir fehlt im Bericht des Gemeinderats eine Strategie für genügend bedürfnisgerechten Schulraum.

Meuli Selma, Fraktion Grüne: Die Fraktion Grüne dankt dem Gemeinderat für die vorliegende Bildungsstrategie und nimmt erfreut von der Förderung der Zweisprachigkeit als Schwerpunkt Kenntnis.

Francescutto Luca, au nom du Groupe UCD/Les Confédérés: Tout d'abord, je souhaiterais profiter de cette occasion pour remercier tout le corps enseignant de Bienne. J'ai trois enfants qui fréquentent les écoles à Bienne. Je trouve que plus le temps passe, plus le métier d'enseignant devient difficile. J'ai donc beaucoup de respect pour cette profession. Bienne est une ville spéciale de par son bilinguisme et son multiculturalisme. La valeur des écoles est primordiale pour son développement. Bien des progrès ont été effectués, que ce soit dans son développement mais aussi dans la qualité des infrastructures (nouveaux bâtiments scolaires, bâtiments rénovés) et également avec le futur projet DiAna. Pourtant trop souvent encore, des familles quittent la Ville de Bienne pour s'établir dans des villages avoisinants, par crainte de mettre leurs enfants dans les écoles biennoises. Je préfère en rire, car dans certains villages les problèmes sont les mêmes mais pas forcément si importants. Il faut aussi

compter qu'à l'adolescence, ces jeunes devront se rendre à Bienne, car la plupart des écoles supérieures se trouvent à Bienne.

Dans le concept de formation basé sur trois axes stratégiques, c'est surtout l'axe I (Élèves) qui m'a fait penser à beaucoup de choses. Au point 1 (Début de la scolarité) de cet axe, on constate que bien des enfants ne maîtrisent pas une langue nationale au début de leur scolarité. Cette situation baisse évidemment le niveau de formation des autres élèves et se répercute sur leur futur. Des retards évidents sont engendrés dans la scolarité et bien souvent ces enfants terminent leur scolarité dans des classes où le niveau de performance est faible (section générale, G). Ce qui est étrange dans ces classes, c'est qu'il n'y a quasiment aucun élève suisse ou européen. D'ailleurs, lors d'une des dernières réunions de parents d'élèves au collège du Châtelet, la séance a été simplement annulée du fait de l'absence des parents. Je crois qu'il n'y avait qu'un élève suisse dans cette classe! Je me pose beaucoup de questions.

Au point 2 (Fin de la scolarité) de l'axe I, on constate qu'à la fin de la scolarité, les élèves des classes de section pré-gymnasiale (p) n'auront pas de soucis à se faire. En effet, toutes les voies de formation leur seront ouvertes. Pour les élèves de section moderne (m), cela se complique un peu vu que cette filière est destinée aux apprentissages ou aux écoles moyennes. Le problème est, qu'aujourd'hui, pour obtenir des places d'apprentissage, le niveau (p) est demandé alors que les places d'apprentissage devraient être destinées aux élèves de niveau (m). Toutefois, les entreprises formatrices exigent le niveau (p). Cela est totalement faux, un élève de section (m) est un bon élève. Malheureusement, c'est très compliqué pour les élèves de section (g). Une chose importante à retenir est qu'un élève francophone de section (g) trouvera difficilement une suite à sa vie professionnelle à Bienne. Le monde de l'horlogerie donne certes une chance pour les élèves francophones, mais tous ne veulent pas devenir horloger!

Au point 4 de cet axe, il est écrit: *«Les parents sont encouragés dans leur rôle de partenaires des écoles»*. Comment faire participer les parents et comment les rendre responsables? Selon moi, il y a lieu de faire des efforts et de prendre des mesures, car il est intolérable qu'aucun parent ne participe aux réunions organisées par l'école. Où trouver la motivation pour le corps enseignant afin d'améliorer la situation dans les classes, qui sont déjà difficiles? Malheureusement, ce sont souvent les parents d'enfants à difficultés qui ne sont pas intéressés par ces réunions. Il est temps de rendre ces parents responsables en dénonçant certains comportements, que je qualifierais de «foutiste». Il reste encore bien du travail afin d'améliorer la situation des écoles biennoises. Je suis d'avis que le Département Écoles & sport travaille bien. Il faut impérativement trouver des solutions afin de rendre les parents plus responsables.

Leuenberger Bernhard, Fraktion FDP: Ich fasse mich kurz. Die Fraktion FDP dankt dem Gemeinderat für den hervorragenden Bericht. Wir stellen fest, dass die Stadt Biel vor sehr grossen Herausforderungen steht. Im Bericht des Gemeinderats steht, dass in den letzten 6 Jahren die Anzahl SchülerInnen um 800 zugenommen hat. Ich habe eine einzige kritische Anmerkung, insbesondere wegen der heute Abend abgelehnten Behandlung des dringlichen nachtraktandierten Geschäfts (20190267 «Liegenschaft Grillenweg 4, Baurecht Grundbuchblatt Biel-Bienne Nr. 9501 Ausübung Vorkaufsrecht / Verpflichtungskredit»). Auf Seite 33 der Bildungsstrategie steht unter dem Titel «Die Schulinfrastruktur ist ausreichend und angemessen ausgestattet» als Ziel, *«Die Schulraumplanung erfolgt langfristig und breit abgestützt»*. Solche Pannen wie heute

Abend sollten demnach gar nicht vorkommen! Dies bleibt aber die einzige kritische Anmerkung zur Bildungsstrategie. Die Filière Bilingue ist schweizweit einzigartig und eine beispielhafte Einrichtung. Mit grossem Wohlwollen nimmt die Fraktion FDP Kenntnis von der Bildungsstrategie 2019-2022.

Tennenbaum Ruth, Fraktion Einfach libres!: Le Groupe Einfach libres! a pris connaissance avec beaucoup d'intérêt de ce rapport et remercie le Conseil municipal pour cette bonne documentation. La stratégie de la formation 2019-2022 est ambitieuse, mais il ne sera pas possible de la mettre en oeuvre sans consentir à des investissements. Toutefois, investir dans la formation est la meilleure prévention afin d'éviter que des jeunes ne s'engagent dans un domaine de travail et fassent une carrière sans profession certifiée. Ils augmentent le risque de se retrouver dans une situation précaire et de devoir ensuite faire appel à l'aide sociale.

J'aimerais relever quelques points en faisant un grand clin d'oeil! Dans la stratégie de la formation présentée, l'aspect de la santé et de l'alimentation saine dans les écoles fait défaut. Le Conseil de ville a voté, en 2016, un Règlement pour l'alimentation saine dans les structures d'accueil municipales (SGR 8.1-1), mais on attend toujours sa mise en oeuvre. C'est donc avec étonnement que je n'ai rien trouvé sur ce thème dans la stratégie de la formation 2019-2022. Un deuxième point qui me semble important concerne la collaboration entre les parents et l'école. C'est très bien que l'on souhaite renforcer cette collaboration, mais qu'en est-il d'une vraie participation dans le sens de la concertation? Il y a encore beaucoup de travail à faire afin qu'une stratégie de participation soit mise en oeuvre dans ce sens, mais je suis confiante.

Die Schulinfrastruktur sollte, wie Bernhard Leuenberger vorhin bemerkt hat, langfristig und breit abgestützt geplant werden. Von diesem Ziel ist der Gemeinderat weit entfernt. Die Fraktion Einfach libres! hofft auf Besserung. In Bezug auf die Innovationsziele ist dem Aspekt der Zusammenarbeit mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Die Fraktion Einfach libres! begrüsst diesen Schwerpunkt der Bildungsstrategie. Die Schule ist in jedem Quartier Teil eines Systems. Der Austausch und die Zusammenarbeit aller Mitwirkenden ist zu stärken. Die Zusammenarbeit zwischen den Schulen zu vertiefen und den Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer zu fördern, sollten keine Worthülsen bleiben. Die Fraktion Einfach libres! wünscht gutes Gelingen und viel Erfolg bei der Umsetzung der Bildungsstrategie.

Gonzalez Glenda, au nom du Groupe PSR: Le Groupe PSR remercie sincèrement le Conseil municipal pour la stratégie de la formation 2019-2022. La lecture de ce rapport est très claire et bien structurée, ce qui nous change de certains dossiers! Particulièrement sensible à la question de la formation, notre groupe reconnaît par ailleurs dans cette stratégie la prise en main du Conseil municipal et l'établissement de priorités évidentes. Voici quelques points qui nous paraissent particulièrement importants: bilinguisme, soutien aux enfants en difficulté et encouragement précoce. Ces trois points, outre ceux qui ont déjà été cités de nombreuses fois, contribuent à une action préventive au niveau de la population de la Ville de Bienne. Cela va également dans le sens d'améliorer la situation qui a été décrite par Monsieur Francescutto. Pour notre groupe, la prévention c'est également d'intégrer les parents et de s'assurer, non seulement de la collaboration, mais aussi de la coopération. Il est important de voir que sans les parents, il est difficile de faire avancer les choses de manière concrète. Le concept d'encouragement précoce prend conscience également de cette dimension-là et propose quelques solutions relativement innovantes et

audacieuses, en ce qui concerne notre Ville. Il reste, toutefois, à résoudre la question des locaux. Il faut établir de manière très claire et communiquer assez tôt les besoins du Département Écoles & Sport, mais aussi annoncer assez en amont les locaux possibles. C'est une question cruciale. Un autre point qui nous paraît important est, que pour garantir la réalisation de cette stratégie de la formation, il nous semblerait profitable de travailler davantage en collaboration entre les directions, de susciter et d'encourager les synergies entre les partenaires et les directions.

Gurtner-Oesch Sandra, Fraktion GLP+: Ich komme auf die Bemerkungen meiner VorrednerInnen zu dem dringlich traktandierten Geschäft von heute Abend zurück. Ich bin überzeugt, dass eine Organisation sich nur bewegt, wenn auch Fehler erlaubt sind. Die Nullfehlertoleranz hat den Stadtrat dazu bewegt, das dringliche Geschäft heute Abend nicht zu behandeln. Jetzt Kritik zu äussern finde ich fragwürdig und auf eine gewisse Art undemokratisch. Ich bin von der Bildungsstrategie 2019-2022 nicht ganz so begeistert wie meine VorrednerInnen. Sie entspricht, bis auf ein paar Positionen, weitgehend der Bildungsstrategie 2015-2018. Bereits 2015 war die Zweisprachigkeit im Vordergrund. In Biel ist das unabdingbar. Mir reicht eine Filière Bilingue für ein paar Wenige nicht aus. Seit der letzten Bildungsstrategie wurden bezüglich Förderung der Zweisprachigkeit zu wenig Massnahmen unternommen. Selbstverständlich stellt sich das Problem der Finanzen und verlangt nach sinnvollen Lösungen. Die Fraktion GLP+ ist überzeugt, dass in Fächern wie Musik und Sport durchaus zweisprachig unterrichtet werden könnte. Dies bedingt jedoch einheitliche Schulsysteme und motivierte Lehrpersonen. Eine Änderung gegenüber heute ist leider nicht zu erwarten. Die Fraktion GLP+ lässt sich aber gerne überraschen. Innovation in der Pädagogik ist sinnvoll und unterstützenswert. Die Umsetzung bleibt aber den LehrerInnen selber überlassen. Die Fraktion GLP+ ist gespannt auf die weitere Entwicklung.

Grupp Christoph, Grüne: Ich habe eine Frage an den Direktor Bildung, Kultur und Sport (BKS). Sowohl im Bericht des Gemeinderats als auch in der Bildungsstrategie steht: «*Die Bieler Schullandschaft hat sich nicht verändert...*». Ich finde diese Aussage eigenartig. Der Lehrplan 21 wurde eingeführt und gleichzeitig ist das Schulwesen vom LehrerInnenmangel immer stärker betroffen. Vor vier Jahren hat sich dies nicht in der heutigen Art und Weise präsentiert. Wie kommen die VerfasserInnen des vorliegenden Berichts zu dieser Aussage? Ich denke, dass sich zumindest das Umfeld der Bieler Schullandschaft verändert hat. Ich sage nicht, dass die vorliegende Bildungsstrategie den geänderten Bedingungen nicht Rechnung trägt. Im Gegenteil, mein Eindruck ist, dass Massnahmen ergriffen werden. Auf verschiedene Elemente wird mit Schwerpunkten reagiert. Die Veränderungen werden somit durchaus wahrgenommen, deshalb irritiert mich der vorhin erwähnte Satz. Ich bitte den Direktor BKS diese Frage zu beantworten.

Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport: Je vous remercie pour la bonne réception de la stratégie de la formation 2019-2022. Je voudrais remercier toutes celles et ceux qui y ont contribué, à commencer par les responsables du Département Écoles & Sport, mais pas seulement, car les directions des écoles ont également été associées. Le corps enseignant et la Commission scolaire ont aussi été approchés, sans oublier les conseils de parents et d'autres partenaires. Je vous remercie aussi pour tous vos feedbacks, inputs et commentaires, qui sont véritablement pertinents. Bien sûr que l'école a changé. Ceci est un fait évident car nous y travaillons depuis de nombreuses années.

Il faut aussi relever qu'il y a quelques «copier-coller» provenant de l'ancienne stratégie dans cette nouvelle stratégie, car certains éléments restaient valables. Les objectifs qui étaient fixés il y a quatre ans doivent être poursuivis et il faut continuer à travailler dans ce sens. Je suis content d'avoir un soutien très large de votre part. Rappelons aussi, comme cela a été dit plusieurs fois ce soir, que le rôle des parents est déterminant et que sans leur aide, il ne sera pas possible de tout mettre en place et de relever les défis qui se présentent. Je suis persuadé que la stratégie de la formation 2019-2022 ne perdra pas non plus le soutien du Conseil de ville. Le partenariat fonctionne et le Conseil municipal souhaite que cela continue. L'innovation est une urgence. La société change et on ne peut plus perpétuer l'école de grand-papa ou de papa, ni même celle que nous avons connue. Aujourd'hui, les défis exigent de soutenir les enseignantes et enseignants afin de découvrir les nouvelles pistes qui seront mise en oeuvre. Ceci, dans le but que le moins d'élèves possibles soient pénalisés, même s'il ne faut pas se cacher que des élèves seront toujours pénalisés. Cela doit devenir une lutte de chaque jour afin que chaque élève ait, à son niveau, les meilleures chances possibles pour son avenir. Je crois que l'on n'y arrive pas trop mal à Bienne et je pense que nous pouvons en être fiers.

Quant au bilinguisme, il faut reconnaître que l'on en parle beaucoup mais que l'on n'avance pas assez sur ce sujet. La filière bilingue est une chose. La phase pilote de cette filière arrive gentiment à échéance. Toutefois, dans chaque classe, il faudrait pouvoir mieux profiter de ce potentiel du bilinguisme. Le souhait du Conseil municipal est de faire un effort particulier sur ce sujet durant ces quatre prochaines années, afin de concrétiser le progrès.

Quelques mots encore sur les infrastructures, en commençant par le projet DiAna, qui a été largement soutenu par le Conseil de ville et par le Peuple. Il s'agit d'une chance et d'un soutien énormes pour le défi qui s'annonce. Pas un jour ne se passe sans que ma direction ne parle des locaux scolaires. Il en va de la rénovation des bâtiments existants, de la construction de nouveaux bâtiments, mais aussi l'achat de nouveaux objets. Il faut pour cela une ténacité énorme et de la créativité. Ce soir, on a peut-être manqué une chance, mais nous allons rester engagés et motivés pour trouver des solutions afin que l'on puisse accueillir les élèves annoncés. Je souhaite dire que les solutions qui ont été envisagées ce soir se basent sur des besoins connus depuis des années. Il est important de continuer à travailler ensemble afin d'améliorer et trouver des solutions en ce qui concerne les locaux scolaires. La croissance des élèves - plus de cent cette année - représente un véritable défi à relever pour tous les accueillir. Je suis persuadé que l'école biennoise a une meilleure image. Il y a eu beaucoup de travail au sein de la population et auprès des parents.

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der Bildungsstrategie 2019–2022 der Stadt Biel.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Nach dem Sitzungsunterbruch liegen die Geschäftsberichte der Gemeinnützigen Gesellschaft Biel und des Brockenhauses «La Glaneuse» auf. Vor der Pause wird noch über die Dringlichkeitserklärung der eingereichten Vorstösse abgestimmt.

176. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20190341 Miro Meyer und Levin Koller, JUSO «Ausgaben der Projektgesellschaft AGGLOlac»

Meyer Miro, Fraktion SP/JUSO: Bald kommt das Projekt AGGLOlac zur Volksabstimmung. Die Interpellanten wünschen im Vorfeld Auskunft über die finanziellen Ausgaben der Projektgesellschaft.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

177. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20910339 Dana Augsburgers-Brom, Fraktion Einfach libres! «Einsprache gegen die umweltschädigende Erweiterung der Kiesgrube Safnern»

Augsburgers-Brom Dana, SP: Der Grund für die Dringlichkeit liegt in der Einhaltung der Frist für die Einsprache gegen die geplante Erweiterung. Das Baugesuch wird Anfang Oktober publiziert.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

178. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20190338 Mohamed Hamdaoui, PCD, Peter Heiniger, PdA «Für nachhaltige öffentliche Schulen»

Hamdaoui Mohamed, PDC: Peter Heiniger et moi-même ne sommes pas des «Neinsager», mais suite au rejet du projet concernant l'Étrive, nous demandons que le Conseil municipal prenne des mesures d'urgence afin de trouver une alternative et surtout d'éviter que cette situation ne se reproduise.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

179. Begründung der Dringlichkeit der überparteilichen Interpellation 20190340 Pascal Bord, PRR, Glenda Gonzalez, PSR, Alfred Steinmann SP, Andreas Gerber, FDP, Christoph Grupp, Grüne, Titus Sprenger, Passerelle «Noch eine Lastenverschiebung: wieviele zusätzliche Millionen will der Kanton für die Sozialhilfe auf Biel überwälzen?»

Bord Pascal, PRR: Par le biais d'une motion, le Grand Conseil veut charger de 20% supplémentaires les communes concernant l'aide sociale. La question est de savoir comment le Conseil municipal va opérer pour ne pas avoir une situation totalement défavorable pour Bienne.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

Sitzungsunterbruch: 20.00 Uhr - 21.05 Uhr

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Die Pause wurde um sechs Minuten überzogen. Wenn das jedesmal passiert, führt dies am Schluss zu einer zusätzlichen Sitzung. Ich bitte Sie, pünktlich zu sein.

180. Dringliche überparteiliche Motion 20190126, Levin Koller, JUSO, Muriel Günther, SP, Miro Meyer, JUSO, Urs Scheuss, Grüne, Myriam Roth, Grüne, «Streikende Jugendliche ernst nehmen! – Klimanotstand ausrufen»

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 1)

Der Gemeinderat beantragt, die Motion erheblich zu erklären.

Koller Levin, JUSO: Heute Abend geht es um die Zukunft von uns jungen Stadtratsmitgliedern und den jungen Menschen auf der Besuchertribüne. Es geht um die Zukunft ihrer Kinder und Grosskinder und aller künftigen Generationen auf diesem Planeten. Unsere Zukunft ist in Gefahr. Die globale Erwärmung bedroht unsere Lebensgrundlage und Existenz. Greta Thunberg hat Recht, wenn sie sagt: *«Unser Haus (der Planet Erde) brennt»*. Das Feuer kommt immer näher und bald stehen auch die letzten Fluchtwege in Flammen. Die Menschheit befindet sich in einer ihrer grössten Krisen. Ich betone, dass es sich um eine Krise handelt und nicht um ein x-beliebiges Problemchen. Ich erläutere kurz wieso: Schon die momentane Erwärmung um ein Grad wirkt sich spürbar aus. Dürren werden häufiger und die Produktion von Nahrungsmitteln wird schwieriger. Starkniederschläge und Überschwemmungen stellen uns vor grosse Probleme. Das Gefährlichste an der Erderwärmung ist jedoch nicht die Erwärmung um ein paar Grad. Das Klimasystem ist ein instabiles Gebilde mit sogenannten Kipppunkten. Wenn diese Punkte im Klimasystem erreicht sind, führt dies automatisch zu einer weiteren Erwärmung. Beispiele dafür sind das Auftauen des Permafrostes in der Tundra und den damit verbundenen Treibhausgasemissionen aus dem Boden, oder die sinkende Albedo beim Abschmelzen der Schnee- und Eisflächen. Diese Prozesse treten ab einer gewissen Erwärmung ein. Wenn kritische Kipppunkte überschritten werden, wird die Erwärmung automatisch und selbstverstärkend fortgesetzt. Dies selbst dann, wenn alle menschlichen Treibhausgasemissionen ab sofort auf Null reduziert werden. Grosse Teile der Erde würden unbewohnbar und wir Jungen hätten keine Zukunft auf diesem Planeten. Die KlimawissenschaftlerInnen können nicht genau vorhersagen, wo im Klimasystem diese Kipppunkte liegen. Sie wissen jedoch, dass sie ab einer Erwärmung von 1,5 Grad eintreten können. Genau deshalb müssen wir alles daran setzen, die Erwärmung auf 1,5 Grad zu beschränken, um das Ganze unter Kontrolle zu behalten. Damit könnten die schlimmsten Auswirkungen verhindert werden. Dass sich die Erde wegen menschengemachten Treibhausgasemissionen erwärmt, ist nicht neu. Schon vor 30 Jahren war sich die Wissenschaft darüber einig. Anstatt jedoch reduziert zu werden, sind die Treibhausgasemissionen seit 1900 weiter um global über 60 % angestiegen. Unter Berücksichtigung der importierten Emissionen sind die CO₂-Emissionen der Schweiz nicht gesunken. Mittlerweile ist die globale Durchschnittstemperatur bereits um mehr als ein Grad gegenüber vorindustrieller Zeit angestiegen. Wenn es so weitergeht und die globalen Emissionen noch weitere elf Jahre so hoch bleiben, wird das 1,5-Grad-Ziel ausser Reichweite liegen. Elf Jahre sind eine kurze Zeit. An den Finanzcrash im Jahr 2008 mögen sich alle noch gut erinnern. Wir hätten 30 Jahre Zeit gehabt, die

globale Erwärmung einzudämmen. Die nächsten Jahre werden für meine Zukunft und die meiner AltersgenossInnen auf diesem Planeten entscheidend sein.

Liebe StadtratskollegInnen, in einer solchen Situation von einer Krise zu sprechen ist keine Panikmache und schon gar keine Hysterie. Es ist ein Gebot der Vernunft, auf eine Krise mit allen Mitteln zu reagieren. Deshalb muss jetzt der Klimanotstand ausgerufen werden. Mit der vorliegenden Motion wollen die Urhebenden nicht nur symbolisch den Klimanotstand ausrufen. Wir wollen sicherstellen, dass die Handlungen der Stadt Biel mit dem 1,5-Grad-Ziel kompatibel sind. Die Stadt soll sich zum Ziel setzen, die Erwärmung auf 1,5 Grad zu beschränken. Ihre Handlungen müssen klimaverträglich sein und sich am 1,5-Grad-Ziel orientieren. Die Stadt soll keine klimaschädigenden Vorhaben Dritter unterstützen und die städtische Bevölkerung über die Klimakrise informieren. Es geht nicht nur um Symbolik, dafür bleibt keine Zeit. Es geht um konkrete Leitlinien und Aufträge, die mit dieser Motion überwiesen werden sollen. Deshalb ist die vorliegende Motion so unglaublich wichtig. Erfreut nehmen wir zur Kenntnis, dass der Gemeinderat diese Krise erkannt hat und den Klimanotstand ausrufen will. Ich bitte Sie, dem Gemeinderat zu folgen und die Motion erheblich zu erklären. Der Klimanotstand muss jetzt ausgerufen werden!

Pittet Natasha, au nom du Groupe PRR: Nous sommes tous d'accord que le climat est un sujet important. Sans pouvoir identifier avec certitude toutes les causes des changements que nous vivons actuellement, il nous importe à tous d'oeuvrer pour l'utilisation parcimonieuse de nos ressources, pour la dépollution de l'air, des sols et des eaux et pour l'élaboration de nouvelles solutions énergétiques pour les générations à venir. En revanche, la présente motion, urgente, demande à la Ville de décréter l'urgence climatique, c'est à dire de faire une déclaration symbolique sans aucun effet pratique. Il est également précisé que cette déclaration devrait être faite pour prendre au sérieux les jeunes grévistes. De manière liminaire, le Groupe PRR est étonné à cet égard de voir que l'urgence de cette motion est toute relative aux yeux des motionnaires eux-mêmes, étant donné qu'ils n'ont aucunement protesté lors de la dernière séance, lorsque ce point a été renvoyé pour cause d'apéritif!

En ce qui concerne la grève des jeunes, le Conseil de ville a déjà abordé le sujet. Je confirme que les gymnasiens et gymnasiennes serviront mieux le climat en agissant, plutôt que de faire la grève. Combien de jeunes ont réellement renoncé à prendre l'avion ou ont effacé les courriels et les photos dont ils n'ont pas besoin et qui sont stockés sur le cloud, alors qu'on sait qu'il consomme énormément d'énergie? Combien de jeunes ne consomment pas exagérément dans beaucoup de domaines? Le Conseil de ville va peut-être, et nous l'espérons, accepter que le Conseil municipal élabore un règlement climatique pour mettre en oeuvre les accords de Paris. Mais Bienne et la Suisse doivent, aujourd'hui, essayer d'appliquer ces accords bien contraignants. Un règlement municipal puis son application, c'est tout ce que la Ville de Bienne peut faire dans le domaine climatique. Chacun d'entre nous doit aussi agir à son propre niveau par ses choix de consommation et non par de grands discours et principes. Il est vrai que, par le passé, le Conseil municipal a accepté de déclarer qu'il était contre la peine de mort, mais cette déclaration n'a aucun effet. Le Groupe PRR préfère donc s'en tenir au concret, comme le Conseil municipal le fait déjà et ainsi que le nouveau règlement pourra le proposer. Nous demandons donc de rejeter cette motion.

Stocker Julien, Fraktion GLP+: Die Fraktion GLP+ dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Beantwortung des vorliegenden Vorstosses. Wie in der Motion

erwähnt, ist die globale Erwärmung eines der grössten und dringendsten Probleme auf unserem Planeten. Es ist vielleicht sogar das dringendste Problem auf der Welt. Für die Fraktion GLP+ ist es selbstverständlich, dass die Stadt Biel die Klimaerwärmung als Krise anerkennt. Alles andere wäre eine Leugnung von wissenschaftlichen Erkenntnissen. Dementsprechend muss die Stadt Biel in Zukunft handeln. Für die Fraktion GLP+ bedeutet Nachhaltigkeit auch Generationengerechtigkeit. Wir wollen künftigen Generationen eine lebenswerte Welt hinterlassen - mindestens so wie wir sie angetroffen haben, wenn nicht besser. Die Fraktion GLP+ unterstützt die vorliegende Motion einstimmig und in allen Punkten. Wir empfehlen Ihnen, uns zu folgen. Frau Pittet, natürlich trägt jeder selbst Verantwortung. Schlussendlich liegt es aber an der Politik, die richtigen Anreize zu setzen. Die SchülerInnen können dies leider nicht allein.

Wächter Olivier, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Le Groupe UDC/Les Confédérés a pris au sérieux le sens du terme «état d'urgence». Il a un sens fort, même symbolique. Il engendre une situation de peur et de panique au sein de la population. Il n'apporte pas de réponses ou de solutions à une problématique mondiale, que ni la Ville de Bienne, ni le Canton de Berne, ni même la Suisse ne pourront résoudre de manière individuelle, sans le consentement des grandes puissances de ce monde. Je le dis haut et fort: non, nous ne sommes pas climatosceptiques! Cependant, nous avons une vision différente pour répondre à cette question de manière rationnelle et réfléchie. Il s'agit de deux axes: l'agriculture de proximité et la limitation de la population. Lorsqu'on parle d'agriculture de proximité, on parle de production locale et donc d'achat local. En ce qui concerne la limitation de la population, il faut éviter une augmentation massive et surtout artificielle de la population en Suisse, afin de ne pas augmenter la consommation. S'ils sont maîtrisés, ces deux éléments réduisent l'empreinte climatique. Si la gauche et les jeunes grévistes nous rejoignent sur le premier point, il en est tout autrement sur le second point. En effet, ceux-ci prônent au contraire une augmentation artificielle massive de la population de notre belle Ville, ce qui est totalement contradictoire et peu sérieux. À titre personnel, je n'ai pas eu besoin que la Ville de Bienne déclare un état climatique afin de prendre au sérieux les jeunes grévistes et de débattre avec eux sur TeleBielingue en les traitant d'égal à égal. Vous pourrez le constater par vous-même en visionnant l'émission «Critique à trois» sur notre télévision locale.

Le Groupe UDC/Les Confédérés est d'un avis complètement contraire au Conseil municipal. Ce dernier veut décréter symboliquement l'état d'urgence climatique en communiquant massivement. Il compte en outre expliquer le réchauffement climatique à une population, visiblement considérée comme limitée et simple et n'ayant pas accès ni aux médias ni à internet, alors que ceux-ci traitent le sujet depuis de long mois! Il s'agit d'une pure propagande électorale en vue des élections fédérales d'octobre, qui a pour unique but de faire peur à la population. (*Mécontentements dans la salle!*) Vu les réactions dans la salle, je dois avoir touché juste! Le Groupe UDC/Les Confédérés vous invite, quelles que soient vos raisons et même si elles ne sont pas les mêmes que les nôtres, à rejeter cette motion.

Meyer Miro, Fraktion SP/JUSO: Wir von der Fraktion SP/JUSO sind wirklich besorgt. Wir sind besorgt darüber, dass unsere Enkel nicht mehr wissen werden, was ein Alpengletscher ist. Wir sind besorgt darüber, dass das Klima in Biel bald jenem in Mailand entsprechen wird. Es ist uns nicht egal, dass die Wasserversorgung der Bauern im Seeland bald gefährdet sein könnte. Wir sind besorgt darüber, dass andernorts bereits heute tausende Menschen ihre Lebensgrundlage aufgrund sich

ausbreitender Wüsten, steigender Meeresspiegel und stärkerer Stürme verlieren. Werte KollegInnen, liebe ZuhörerInnen auf der Tribüne, diese Sorgen zeigen, dass wir uns in einer existentiellen Krise befinden. Für die Fraktion SP/JUSO ist klar, dass eine derart gefährliche und menschengemachte Krise eine Antwort auf allen Ebenen verlangt, und zwar von der internationalen Gemeinschaft bis zu einer kleinen Stadt wie Biel. Die hunderttausende von Klimastreikenden, darunter einige von ihnen auf der Besuchertribüne, haben dies erkannt. Überall auf der Welt üben sie Druck auf die Politik aus. Ihre Forderungen sind aus Sicht der Fraktion SP/JUSO absolut gerechtfertigt. Über die dringend nötige Forderung, der Ausrufung des Klimanotstandes, stimmt der Stadtrat heute ab. Mit der Ausrufung des Klimanotstandes anerkennen wir die globale Erwärmung als eine existenzbedrohende Krise, die es zu bewältigen gilt. Die Ausrufung des Klimanotstandes bedeutet ausserdem, dass sich die Stadt Biel so verhält, damit sie keine Erwärmung des Planeten um mehr als 1,5 Grad befeuert. Eine Erwärmung um 1,5 Grad ist das Maximum, das wir uns leisten können. Levin Koller hat bereits viel dazu gesagt. Mit der Ausrufung des Klimanotstandes verpflichtet sich die Stadt Biel dazu, dass alle ihre Vorhaben klimaverträglich sind. Das heisst, Treibhausgase müssen reduziert und nicht klimaverträgliche Vorhaben Dritter nicht mehr unterstützt werden. Die Fraktion SP/JUSO ist sehr erfreut, dass der Gemeinderat die vorliegende Motion erheblich erklären lassen will. Wir unterstützen den Gemeinderat und bitten Sie, dies auch zu tun. Das Votum von Frau Pittet vorhin hat mich sehr erschüttert. Sie sagten, wenn die Stadt Biel etwas tut, hat dies keinen Einfluss. Gleichzeitig kritisieren Sie die Jugendlichen, dass sie fliegen und einen Cloudspeicher benutzen würden. Diese Logik führt nirgendwo hin. Wenn ein einzelnes Individuum sein Verhalten ändert, bewirkt dies noch viel weniger als wenn die Stadt Biel ihr Verhalten ändert. Seit 30 Jahren kennen wir die Auswirkungen des Klimawandels. Nach 30 Jahren mit freiwilligen Massnahmen sind die CO₂-Emissionen weiter angestiegen. Ich denke, die Zeit für politische Massnahmen ist gekommen!

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP lehnt die vorliegende Motion ab. Wir sorgen uns auch um die Zukunft. Mich beeindruckt das Engagement der Jungen und Älteren für das Klima. Diese Leute kämpfen gegen die Klimaerwärmung. Sie sind besorgt und zeigen ihre Betroffenheit. Dies allein reicht jedoch nicht aus. Die Fraktion FDP hätte gerne über ein Reglement diskutiert statt symbolisch den Klimanotstand auszurufen. Wir wollen dem Problem konkret mit sinnvollen, umsetzbaren Massnahmen begegnen. Dem symbolischen Akt widersetzt sich die Fraktion FDP. Wir sind ebenfalls besorgt, wollen aber hier in Biel lösbare Probleme diskutieren und umsetzen, für uns und für unsere Kinder, Grosskinder und künftige Generationen. Die Ablehnung der vorliegenden Motion heisst nicht, dass die Fraktion FDP das Anliegen nicht ernst nimmt.

Roth Myriam, au nom du Groupe Les Verts: Toujours plus de villes et de cantons suisses déclarent l'urgence climatique. Berne, Thoun, Lucerne, Genève, le canton de Vaud ou même Bâle-Ville. À notre tour! C'est un acte qui peut paraître très symbolique, voire inutile, mais qui en dit pourtant long sur l'état actuel de la planète. C'est un signal, un cri en direction des collectivités, mais il est clair que cela doit être accompagné par des actions concrètes. Les villes suisses devraient toutes se mettre au rouge pour activer la protection du vert. Les grévistes pour le climat demandent, à juste titre, que la Suisse reconnaisse cette situation climatique comme une crise à surmonter, et que tout le monde soit informé pour y réagir et agir. Bien sûr, personne n'est parfait! Si c'était le cas, il n'y aurait pas grand monde ici. Bien sûr, les jeunes qui montrent leurs préoccupations dans les rues ne sont pas tous parfaits, mais ils se préoccupent de leur

avenir. Il ne faut pas oublier que ce sont eux qui vivront le plus longtemps sur cette planète et ils souhaiteraient pouvoir vivre sur une planète viable. La panique n'est pas efficace mais décréter l'urgence, même si c'est symbolique, est nécessaire. Comment est-il possible de ne pas soutenir et de ne pas être actif pour mettre en place des mesures qui permettent aux générations futures de croire en leur avenir?

Stolz Joseline, au nom du Groupe PSR: Prendre au sérieux les jeunes grévistes en décrétant un état d'urgence climatique: oui, il le faut, car on ne peut pas gâcher leur rêve et on se doit d'être avec eux pour préparer leur avenir et les encourager dans cette démarche. Le Groupe PSR remercie les JUSO et les Verts pour la motion déposée sur l'état d'urgence climatique. Je ne vais pas répéter tout ce qui a été dit car cela ne ferait que rallonger la séance, mais je précise que je partage entièrement tout ce qui a été dit du côté de nos camarades de gauche. Il faut, en effet, réveiller les consciences et prendre acte de l'état d'urgence de notre planète, ceci en priant le Conseil municipal de rédiger un règlement spécifique ou de le faire figurer dans le Règlement de la Ville.

Le Groupe PSR remercie le Conseil municipal pour la qualité de ses réponses. Il est clair que le Conseil municipal reconnaît aussi l'urgence et partage les craintes avérées. Nous espérons aussi que le Conseil municipal ne se contentera pas d'essayer, mais qu'il oeuvrera complètement à la réalisation de cette motion. Le Groupe PSR soutient la proposition du Conseil municipal d'adopter la motion interpartis et demande au Conseil de ville d'en faire de même.

Ce que je n'avais pas envie de partager ce soir si Monsieur Wächter ne m'y avait pas contrainte, c'est que j'ai eu le privilège et la chance de participer cet été au Congrès mondial de l'«Internationale de l'Education» (fédération qui représente les organisations d'enseignants et d'employés de l'éducation à travers le monde), auquel participaient 1'500 représentants de 260 pays. Une des priorités était le climat et l'urgence climatique. Des expériences ont été partagées par des personnes provenant d'îles paradisiaques, mais qui ne peuvent plus y vivre correctement car l'eau claire n'y est plus potable. Dans le Sahel, l'avancée du Sahara fait peur. Je m'excuse d'être un peu émue, mais je vous promets que l'on revient changé de cette expérience!

Sprenger Titus, Fraktion Einfach libres!: Der Fraktion Einfach libres! kann es mit der Ausrufung des Klimanotstandes nicht schnell genug gehen, deshalb verzichten wir auf einen langen Diskurs. Vielen Dank für die Unterstützung der vorliegenden Motion.

Scheuss Urs, Grüne: Die Klimakrise betrifft nicht nur die Umwelt. Sie ist vielmehr eine wirtschaftliche und soziale Krise. Unser Wohlstandsmodell basiert auf der Ausbeutung fossiler Ressourcen. Bislang gibt es keine bewährte Alternative. Das grosse Problem ist, einen Wohlstand zu schaffen, der nicht die Grundlagen dieses Wohlstandes zerstört. Dieses Problem müssen wir lösen, es liegt jedoch noch tiefer. Es gibt Länder, die nicht über den Wohlstand der westlichen Welt verfügen. Sie sind auf dem Weg dazu und brauchen Entwicklungschancen. Diese sollten eigentlich fossilfrei sein. Aber wie sollen die Entwicklungsländer das erreichen, wenn nicht einmal wir es schaffen? Das sind die beiden grossen Herausforderungen der Klimakrise. Zusammen mit den Klimastreikenden bin ich überzeugt, dass es letztendlich einen Systemwechsel braucht. Eine andere Art des Wirtschaftens muss weiterentwickelt werden. Es gibt Ideen und auch bereits technische Lösungen. Was fehlt, ist der politische Wille. Ein Parteikollege von mir hat immer davon gesprochen, dass die knappste Ressource in der Klimadebatte der politische Wille ist. Wir haben heute wieder gehört, dass es

tausend Argumente und Gründe gibt um nicht Verantwortung übernehmen zu müssen. Die Verantwortung mit irgendwelchen Begründungen wegzuschieben ist aber gerade jetzt unangebracht. Wir haben einen politischen und nicht einen rechtlichen Notstand, nämlich der fehlende politische Wille. Ich verstehe den Aufruf zum Klimanotstand. Es geht darum, dass die Stadt Biel die globale Erwärmung als existenzbedrohende jedoch zu bewältigende Krise anerkennt.

Pittet Natasha, au nom du Groupe PRR: Je souhaite brièvement dire à Monsieur Meyer que je pense que vous m'avez mal comprise. J'ai dit que cela ne sert à rien que Bienne fasse une déclaration d'urgence. Le Groupe PRR salue tout à fait un règlement sur le climat de la Ville de Bienne. Nous aimerions que des choses pratiques et concrètes soient mises en oeuvre, et non juste une déclaration en l'air.

Hamdaoui Mohamed, PDC: Il va de soi que je soutiendrai cette motion. Pour moi, déclarer l'urgence climatique, cela veut dire changer de paradigme et accepter de rompre avec un certain nombre de dogmes. Je vous raconte une petite anecdote. En 2009, j'étais correspondant au Palais fédéral. Le Conseil fédéral avait rejeté une motion du PDC, soutenue par la gauche et les Verts, qui demandait l'interdiction des sacs en plastique à usage unique. C'est un pur scandale que de l'avoir rejetée! Le Conseil fédéral a rejeté cette motion en argumentant que les consommateurs devaient trancher et que les grands distributeurs devaient décider, car le Conseil fédéral ne devait pas intervenir dans ce genre d'affaire. La même année, le Conseil fédéral avait déclaré l'état d'urgence bancaire. Cela avait abouti à la fin du secret bancaire et à des choses, qui pendant des siècles, ont forgé notre identité. Il n'y a eu aucun problème car cela était urgent et normal. Donc, je me demande qui peut actuellement nier qu'il y a un problème climatique. Tous les scientifiques (99,99%) le disent. Il vous faut voyager un peu! Personnellement, je suis né dans le désert et regardez les conséquences climatiques à cet endroit.

Je ne comprends pas le Groupe UDC/Les Confédérés. Vous combattez l'immigration, c'est votre choix, votre fonds de commerce, tant mieux pour vous! Rendez-vous compte que si vous refusez de combattre le réchauffement climatique, vous allez encore attirer plus de personnes en Suisse, qui seront là pour fuir des pays où personne n'aura envie de vivre. Il est bien évident que la Ville de Bienne ou la Suisse ne va pas résoudre les problèmes du monde. J'aime mon pays et ma ville, mais je souhaiterais qu'ils ne soient plus une île, mais plutôt un phare!

Brunner Thomas, EVP: Ich setze über meine Äusserungen den Titel «Der etwas andere Blick» und ich bitte Sie, respektvoll zuzuhören. Im Small talk wird immer wieder festgestellt, dass es richtig ist, das Wetter nicht nach seinen eigenen Wünschen machen zu können. Wir alle wissen, dass Wetteraussichten maximal auf sieben Tage genau vorhergesagt werden können. Viele Leute denken aber, das viel komplexere Klima könne für 100 Jahre im Voraus geplant und auf 1000 Jahre zurück beurteilt werden. Dazu kommen rhetorische Fragen wie, bist du in der Lage, alle Wolken zu zählen oder es regnen zu lassen? Ich bitte um Ruhe und Respekt denn der Fragende ist Gott. Der Dialog wird in der Bibel im Buch Hiob Kapitel 38 geführt. Auf die Fragen folgt eine Lawine von angstmachenden Szenarien. Diese Ängste sind ernst zu nehmen. Bereits in den 80-er Jahren des letzten Jahrhunderts wurden Angstszenarien beschworen. Das Mittelmeer beispielsweise wurde damals als demnächst total verschmutzte Kloake abgeschrieben. Aktuell lässt sich die Stadt Biel von Greta Thunberg beeinflussen. Sie nimmt eine sehr überzeugende, wenn auch einseitige

Position ein. Es kann durchaus von Propaganda im negativen Sinn gesprochen werden. Jeder, der eine andere Meinung vertritt, wird häufig nicht einmal angehört, sondern bloss verspottet. Ich fürchte, dass es mir heute Abend im Stadtratssaal ebenso ergehen wird. Im Übrigen ist bekannt, dass die Schweiz ihre grosse Leistung bereits in den 90-er Jahren mit der Reduktion des CO₂-Ausstosses um 40 % erreicht hat. Der Anteil der Schweiz am weltweiten CO₂-Ausstoss liegt irgendwo im Bereich von 0,00%, vom Bieler Anteil allein gar nicht zu sprechen. Den Klimanotstand für Biel auszurufen bringt gar nichts. Jeder noch so kleine Beitrag zur CO₂-Reduktion muss mit unverhältnismässig hohem Aufwand erbracht werden. Damit wird der Arbeits- und Wohnort Schweiz nachhaltig geschädigt. Die Aussichtslosigkeit in dieser Sache ist im Stadtrat spürbar. Ich bin aber überzeugt, dass die Sorge unbegründet ist. Wenn wir aktiv vorwärts gehen, die Schöpfung ehren und achten und zu ihr Sorge tragen, kommt es gut. Wir müssen sie nicht retten. Ich bitte Sie, die vorliegende Motion nicht erheblich zu erklären.

Zumstein Joël, SVP: Bisher wurde viel über die Gründe zur Ausrufung des Klimanotstandes gesagt. Was würde der Klimanotstand für Biel bedeuten? Welche Massnahmen müssten folgen? Müssen plötzlich alle Dächer in Biel statt mit Ziegeln mit Solarzellen gedeckt werden? Werden in der Stadt Klimaanlage verboten? Ist der Verkauf und Konsum von Fleisch gesetzeswidrig? Werden Fahrzeuge, die nicht elektrobetrieben sind, verboten? Werden die Bieler Internetadressen beim Versuch, Flüge zu buchen, gesperrt? Was würden diese Massnahmen bringen? Biel ist in der Schweiz verhältnismässig klein und die Schweiz in Europa ziemlich unbedeutend. Der CO₂-Ausstoss der Schweiz in absoluten Zahlen ist unbedeutend. Der CO₂-Ausstoss pro Kopf ist im weltweiten Ranking relativ weit hinten. Der CO₂-Ausstoss im Vergleich mit dem Bruttoinlandprodukt ist erstaunlicherweise auch nicht weit vorne in der Rangliste. Die Schweiz ist beinahe eine Vorzeigenation. Trotzdem schlagen KlimaaktivistInnen in Biel und der Schweiz Alarm. Ich habe den Eindruck, dass sie sich moralisch überlegen fühlen. Sie demonstrieren, indem sie Strassen und Zugänge zu Firmengebäuden blockieren. Der Zweck heiligt hier anscheinend die Mittel. Andersdenkende fühlen sich nahezu denunziert. Für mich ist dieser Zustand bedenklich. Ideologische Überlegenheit einer bestimmten Gruppe ist schädlich, wie uns die Geschichte zeigt. Die Ursache für den Klimawandel liegt anscheinend primär beim Wohlstand. Die Argumente des Kollegen Scheuss untermauern diese Ansicht. Müssen wir uns von allem verabschieden, was unser Land, unsere Gesellschaft und unser Wertesystem ausmacht? Nach Berechnungen des «Copenhagen Consensus Center» sind Investitionen in Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten zielführender und rund fünfhundert mal wirksamer als Investitionen in die Klimapolitik. Gemessen am Bruttoinlandprodukt weist die Schweiz die zweithöchste Rate an Forschungs- und Entwicklungstätigkeit auf. Diese Daten basieren auf den Messungen des europäischen statistischen Amtes (ESTAT). Eine Studie von Ernst & Young untersuchte die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit von führenden 500 Unternehmen weltweit. Die schweizerischen Unternehmen weisen den grössten Anteil an Forschungs- und Entwicklungstätigkeit gemessen am Umsatz auf. Ich wende mich jetzt an alle, die sich so selbstlos der Rettung unseres Planeten verschreiben: Hören Sie mit Ihrer scheinheiligen Propaganda auf! Wenn Sie es ernst meinen, setzen Sie sich in Russland, China oder beispielsweise den Staaten der arabischen Halbinsel für die Natur und unseren Planeten ein. Dort kann wirklich etwas erreicht werden.

Augsburger-Brom Dana, SP: Ich habe den eingebrachten gegnerischen Argumenten interessiert zugehört. Der Motionstext fordert, die streikenden Jugendlichen ernst zu

nehmen. Eigentlich sollte dies selbstverständlich sein. Den Klimanotstand auszurufen heisst, die Lage zu erkennen und ernst zu nehmen. Damit wird die Grundlage für weitere Massnahmen geschaffen. Das Thema beinhaltet neben Fleischkonsum und Flügen auch Überproduktion und Gewinnoptimierung. Sollen Themen, die die Wirtschaft betreffen nicht angesprochen und dafür keine Grundlagen geschaffen werden? Die Forderungen der vorliegenden Motion sind minimal. Bei den heutigen gravierenden Auswirkungen des Klimawandels ist es nicht der richtige Zeitpunkt, Herr Bohnenblust, um nach Finanzmitteln zu fragen. Ich bitte Sie, eine Grundlage zu schaffen und die Jugendlichen ernst zu nehmen.

Koller Levin, JUSO: Es gibt Menschen, die denken, dass Rauchen nicht gesundheitsschädlich ist, obwohl das Gegenteil schon vor Jahrzehnten bewiesen wurde. Es gibt auch Menschen, die davon überzeugt sind, dass die Erde eine Scheibe ist, obwohl das Gegenteil seit Jahrhunderten bewiesen ist. Es gibt auch Menschen, die davon überzeugt sind, dass der Klimawandel nicht menschengemacht ist, obwohl dies die Wissenschaft seit Jahrzehnten widerlegt. Für mich sind dies alles Verschwörungstheorien derselben Kategorie.

Herr Brunner, es gibt Fakten und es gibt Meinungen. Der menschengemachte globale Klimawandel ist ein Fakt über welchen heute nicht mehr diskutiert werden muss. Sie sprechen davon, dass die Verschmutzung des Mittelmeeres heute nicht so schlimm ist wie seinerzeit angenommen. Dies wurde aufgrund von ergriffenen Umweltschutzmassnahmen erreicht. Es wurde politisch vorgegangen und nicht einfach auf Gott gewartet. Ich finde die Äusserungen von bürgerlicher Seite billig. Sie tun so, als ob Sie jetzt auch etwas für das Klima tun wollen. Konkrete Massnahmen werden dann aber trotzdem wieder abgelehnt. In der Motion steht, ich zitiere: *«Die Stadt Biel setzt sich zum Ziel, die globale Erwärmung auf 1.5 Grad zu begrenzen und handelt im Rahmen ihrer Möglichkeiten um dieses Ziel zu erreichen. Massnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen werden priorisiert»*. Das ist nicht nur symbolisch, sondern es handelt sich um konkrete Massnahmen.

Herr Bohnenblust, Sie wollen die Motion nicht erheblich erklären. Ich habe den Eindruck, Sie nehmen den Klimawandel nicht ernst, bin jedoch erfreut, dass Sie ein Klimareglement begrüssen würden. Vor einem halben Jahr haben Sie sich noch ganz anders geäussert. Dank den streikenden SchülerInnen konnte ein gewisser Meinungsumschwung herbeigeführt werden. Frau Pittet, diese Streiks bewirken sehr viel mehr als individuelles Verhalten. Ich bitte Sie, den vorliegenden Vorstoss erheblich zu erklären.

Grupp Christoph, Grüne: Mehrmals wurde der Klimanotstand in der laufenden Debatte bestritten. Was ist ein Notstand? Wenn der Lyssbach überläuft und Lyss überschwemmt wird, herrscht dort Notstand. Dasselbe ist im Mattequartier in Bern passiert. Ich nehme an, darin sind sich alle einig. Ein Hurrikan, welcher mit 295 km/h über die Bahamas fegt, ruft dort einen Notstand hervor. Die Trockenheit in vielen Ländern Afrikas und des Nahen Ostens, nimmt vielen Leuten die Lebensgrundlage und ist ein Notstand. Diese Notstände werden alle durch die Klimaänderung ausgelöst. Die extremen Wetterereignisse, schmelzende Gletscher und aufgeheizte Meere zeugen vom Notstand überall auf der Welt.

Herr Meyer, bereits vor 50 Jahren wurde vom Klimawandel gesprochen. Warum ist seither so wenig passiert? Der Notstand läuft lautlos ab und deshalb haben wir ihn

meisterlich verdrängt. Es ist unter anderem das Verdienst der Gäste auf der Zuschauertribüne, die uns wachrütteln. Durch Streiks und Demonstrationen verhindern sie das Verdrängen und Vergessen und ermöglichen die heutige Debatte im Stadtrat. Die Ausrufung des Klimanotstandes widerspricht einem Klimareglement nicht, sondern bildet die Grundlage dafür. Den Klimanotstand auszurufen und ein Klimareglement zu erarbeiten ist genauso sinnvoll, wie eine Verfassung mit anschliessenden Gesetzen zu erlassen. Ich gehe zum Schluss noch auf meinen Freund, Thomas Brunner, ein. Ich habe aufmerksam und respektvoll zugehört, sehe aber den Widerspruch nicht. Genauso wie gleichzeitig gebetet und Bedürftigen geholfen werden kann, ist Glaube und gleichzeitige Bekämpfung des Klimanotstandes möglich.

Stocker Julien, GLP: Zuerst wende ich mich an Herr Brunner: Ich bin auch nicht dafür, die Panik zu schüren und finde, dass Sie die laufende Diskussion durchaus kritisieren können. Die wissenschaftliche und die politische Debatte dürfen aber nicht vermischt werden. Die wissenschaftlichen Meinungen sollten nicht hier im Stadtrat besprochen werden. Die Forschung ist sich eigentlich einig. Es ist nicht wahr, dass politisch nichts unternommen werden kann. Beispielsweise steht auf nationaler Ebene schon lange die Revision des CO₂-Gesetzes (SR 641.71) an. Auf kantonaler Ebene wird zurzeit das Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge (BSG 761.611) revidiert. Auch auf kommunaler Ebene können Massnahmen ergriffen werden. Beispielsweise könnte mit der Revision des Baureglements der Baulinienplan (Baulinienreglement; SGR 7.2.1-1.2.) überarbeitet werden. Ich erwarte, dass die Fraktionen SP/JUSO und PSR die grünen Anliegen bei der Revision des Baulinienreglements geschlossen unterstützen. Der Fraktion SVP sage ich, dass die Politik beispielsweise mit Lenkungsabgaben Anreize setzt. Genau die WählerInnen der SVP, die Seeländer Bauern, fordern eine Milliarde des Bundes für eine dritte Juragewässerkorrektion, die aufgrund des Klimawandels nötig wird. Akzeptieren Sie den Klimawandel oder nicht?

Gugger Reto, BDP: Ich bin überzeugt, es würde nicht zum Weltuntergang führen, selbst wenn die Temperatur um sechs Grad steigen würde. Die Menschheit ist gefährdet, die Welt jedoch würde überleben. Ich habe nicht eine so lange Zukunft vor mir wie die MotionärInnen, dafür aber schon eine längere Vergangenheit hinter mir. Früher war der See teilweise gefroren und die Winter fielen oft schneereich aus. Heute gibt es das nicht mehr. Stattdessen gibt es Bergstürze wie der von Gondo, die dazu führen, dass Dörfer monatelang nicht mehr bewohnbar sind. Dies hat Migrationsströme innerhalb der Schweiz zur Folge. Der nächste Krieg wird sich um die verfügbaren Wasserressourcen drehen. Wohin werden die Kriegsvertriebenen fliehen? Die zukünftigen globalen Migrationsströme sind heute unvorsehbar. Das Problem mit dem Klimawandel oder dem Klimawahn ist, dass wir heute nicht sicher wissen, ob er menschengemacht oder natürlichen Ursprungs ist. Ich bin kein Klimaforscher aber, wenn wir heute beschliessen, etwas gegen die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu unternehmen, wird das sicher nicht vergebens sein. Falls die nachfolgenden Generationen in 50 Jahren merken, dass die Massnahmen gar nicht nötig gewesen wären, haben sie zumindest der Welt nicht geschadet. Wenn jedoch weiterhin zugewartet wird, wird es plötzlich zu spät um noch etwas machen zu können. Im Interesse meiner Kinder und Grosskinder und aus Respekt gegenüber allen politisch engagierten Jungen werde ich heute Abend die vorliegende Motion mit Überzeugung erheblich erklären. Wir müssen jetzt etwas unternehmen. Die fossilen Rohstoffe werden eines Tages aufgebraucht sein. Dann unter Zugzwang etwas machen zu müssen ist viel blöder als bereits heute nach Lösungen zu suchen. Die Schweiz muss die Forschung vorantreiben und wie gewohnt eine Vorreiterrolle übernehmen. Dafür

muss ich nicht unbedingt grün sein, sondern kann geradeso gut mit gesundem Menschenverstand bürgerlich bleiben.

Brunner Thomas, EVP: Vielen Dank für die Entgegnungen, die ich zur Kenntnis nehme. Herr Koller, ich weise darauf hin, dass Ihre Bemerkung zur Erde als Scheibe uralte ist und diffamierend wirkt. Das haben Sie doch nicht nötig!

Frank Lena, Grüne: Ja, ich bin konservativ, wenn es darum geht, unsere Erde so zu bewahren wie sie ist. Die Lage ist ernst. Die alten Rezepte reichen nicht mehr aus. Wir brauchen tiefer gehende Reformen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, um innerhalb der ökologischen Grenzen unseres Planeten schlussendlich eine hohe Lebensqualität für alle zu schaffen. Dafür ist die Ausrufung des Klimanotstands, international, national, kantonale und auch in Biel notwendig. Der Stadtrat in Biel entscheidet wie in der Stadt gewohnt, welche Verkehrsinfrastruktur gebaut und wo die Freizeit verbracht wird. Der Stadtrat verfügt bezüglich Klimaschutz also durchaus über Kompetenzen und kann Einfluss nehmen. Nehmen wir hier im Stadtrat unsere Verantwortung wahr! Wir sind die erste Generation, die die Auswirkungen des Klimawandels zu spüren bekommt. Wir sind aber wahrscheinlich auch die letzte Generation, die etwas dagegen machen kann. An alle KlimaskeptikerInnen im Stadtrat: Der deutsche Komiker, Marc-Uwe Kling sagte, es wäre extrem schade, wenn wir in 50 Jahren merken würden, wie sehr wir uns getäuscht haben, die Klimaerwärmung gar nicht gibt und wir grundlos dafür gesorgt haben, dass die Luft besser ist, die Flüsse sauberer und wir nicht mehr von Diktatoren und ihrem Erdöl abhängig sind. Aus welchen Gründen auch immer Sie nicht an den Klimawandel glauben, tragen Sie Sorge zu unserem Land, das Sie doch so lieben.

Gonzalez Glenda, PSR: La motion demande effectivement une action symbolique, mais des actions de ce genre doivent-elles être bannies au motif qu'elles n'apportent rien au niveau pragmatique, j'en doute! Les effets de ce genre d'action sont importants. Aujourd'hui, grâce à l'action de plusieurs milliers de jeunes dans le monde, il s'avère que le climat est devenu un sujet social et politique. On voit aujourd'hui au niveau électoral que de nombreux partis, sinon tous, se servent dans le grand pot du changement climatique. Ce soir, je voulais dire merci à Monsieur Gugger en particulier, pour sa prise de position et son soutien à cette motion, car il me conforte dans l'idée que cette question n'est pas qu'une question qui se traduit par une fracture politique. Il y a apparemment des gens qui arrivent à surmonter cela et à prendre des positions symboliques et des responsabilités. Car dans le symbole, il y a toute la notion de responsabilité individuelle et sociale. Chaque acte compte!

Suite à tous ces questionnements liés l'urgence climatique, je me suis personnellement questionnée, non pas sur ma consommation de viande ou ma consommation locale, mais au sujet de mon chien. Je me suis demandée quel impact ce dernier a sur l'environnement. Je pense surtout à la production de nourriture pour les animaux. Il est vrai que c'est un choix qui va à l'encontre de la défense du climat, mais en être conscient c'est déjà faire un pas et, symboliquement, mon chien n'est pas nourri avec de la nourriture industrielle. C'est un tout petit pas. Il mange des restes de nourriture. La Ville a un rôle à jouer au niveau symbolique sur des actions collectives, mais chacun d'entre nous doit jouer son rôle, car la somme de tout ce que nous faisons aura un poids à un moment donné. Il est irresponsable de maintenir le discours en disant que ce n'est pas nous qui pouvons changer quelque chose. Les changements qui s'annoncent vont nous coûter si on ne fait rien et, cela, au niveau économique. Une

personne qui travaille sur les chantiers routiers m'a dit que les routes doivent être réparées en hiver car elles souffrent des changements climatiques, mais aussi en été car il fait trop chaud. Le rail souffre aussi de ce changement. En effet, avec la chaleur exceptionnelle, nombre d'entre nous ont été retardés dans leurs déplacements en transports en commun. Il faudra bientôt prendre des mesures comme les roumains dans leur contrée bien plus sèche qui peignent les voies ferrées en blanc. Il faudra changer pas mal de choses pour s'adapter à un changement climatique. Certaines personnes ont évoqué le flux migratoire comme étant un fléau, mais c'est juste une conséquence du réchauffement climatique (sécheresses, difficultés de productivité et montée des eaux). Toutes les épidémies qui apparaissent dans certains pays ne font qu'aggraver les flux migratoires. Nos enfants devront faire face à cette situation. S'il vous plaît, ne leur laissons pas un désastre à gérer, mais aidons-les maintenant.

Wiher Max, GLP: Für die GLP sind die wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Klimawandel ein Fakt und klar erwiesen. Den Klimawandel in der heutigen Zeit in Zweifel zu ziehen, ist unglaublich. Ich richte meine Worte nun an die Jungen auf der Gästetribüne: In meiner Jugendzeit hat der Vietnamkrieg die Jugend bewegt. Diese politische Bewegung hat eine ganze Generation weltumspannend vereint. Seither gab es verschiedene Jugendbewegungen mit weniger politischen Inhalten. Nun gibt es seit fast 40 Jahren wieder eine politische Jugendbewegung. Als Grünliberaler freut mich ganz besonders, dass sich diese Bewegung für die Natur einsetzt. Ich hoffe, dass sie nachhaltig sein wird und viele Jahre anhält. Toi, toi, toi!

Scherrer Martin, SVP: Es wird immer suggeriert, dass die Politik schläft und nichts für die Umwelt tut. Im 1990 wurde in der Schweiz der höchste CO²-Ausstoss gemessen. Seither ist der CO²-Ausstoss in der Schweiz kontinuierlich zurückgegangen. Der Wert wäre sogar noch mehr gesunken, wenn die Bevölkerung nicht um 2 Mio. EinwohnerInnen zugenommen hätte. Es ist nicht so, dass bis jetzt nichts unternommen wurde. Der grössere Teil der Massnahmen ist vielleicht nicht auf die Politik zurückzuführen, sondern auf die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit. Es wird immer wieder gesagt, wer den Klimanotstand nicht ausrufen will, bezweifelt den Klimawandel. Das ist eine völlig falsche Annahme. Ich bin dagegen, den Klimanotstand auszurufen. Was bedeutet ein Notstand? In einem Notstand ist alles auf die Bekämpfung eines Problems ausgerichtet. Ich erachte es nicht als die Aufgabe des Parlamentes, alle Ziele einzig auf das Klima auszurichten. Die Aufgabe der Politik ist die Abdeckung einer Bandbreite von Themen. Intelligente Köpfe richten sich nach allen Themen aus. Eine zielführende Politik richtet sich nach allen Themen aus und nimmt sich auch der Umweltpolitik an. Bildungs-, Gesundheits- und ökonomische Themen dürfen nicht ausser Acht gelassen werden. Das ist verantwortungsbewusste Politik. Panikmache mit der Ausrufung des Klimanotstandes ist alles andere als hilfreich und führt in eine falsche Richtung. Deshalb lehne ich das Anliegen der vorliegenden Motion ab.

Briechle Dennis, GLP: Einige der Äusserungen meiner VorrednerInnen bewegen mich dazu, etwas zu sagen. Ich beschränke mich auf einen Punkt und reagiere auf das Votum des Fraktionssprechers der SVP/Die Eidgenossen. Er sagte, dass die Ausrufung des Klimanotstandes für die kleine Stadt Biel keinen Sinn macht. Wenn schon, müsste das auf höherer Ebene global getan werden. Herr Wächter, liebe Mitglieder der Fraktion SVP/Die Eidgenossen, ist Ihnen entgangen, dass sich 2015 in Paris die Staaten dieser Welt zu einer UNO-Versammlung getroffen haben. Damals wurde das Übereinkommen von Paris, der «Accord de Paris sur le climat» verabschiedet mit dem Ziel, die Erderwärmung nicht über 1,5 Grad ansteigen zu

lassen. Sämtliche Mitgliedstaaten haben den «Accord de Paris» unterzeichnet. Der Ratifikationsprozess läuft in einigen Staaten noch und ein Land ist von der Vereinbarung zurückgetreten. Die Erderwärmung auf 1.5 Grad zu begrenzen ist auch ein zentraler Punkt der vorliegenden Motion. Die Stadt Biel erklärt damit die Verpflichtung der Staatengemeinschaft ebenfalls zu ihrem Ziel. Es ist also nicht so, dass die Stadt mit der Ausrufung des Klimanotstands einen Alleingang auf kleiner Ebene eingeht. Ich habe mir die Mühe gemacht und vorhin das Parteiprogramm der SVP zum Thema Umwelt konsultiert. Dort steht: *«Die Erkenntnis, dass im Kleinen die Probleme besser gelöst werden können als durch einen allmächtigen Zentralstaat, ist nicht neu»*.

Suter Daniel, PRR: Je voulais réagir sur quelques points, mais la liste est devenue tellement longue que cela est un peu tard. Je profite quand même de l'occasion pour vous dire qu'il n'est pas nécessaire de déclarer un état d'urgence. Le Parti radical a toujours été un porte-flambeau en faveur d'une ordonnance contre le bruit et pour la protection de l'air, d'une loi pour la protection des eaux, d'une fondation pour la protection du paysage. Pour ce faire, nous n'avons pas eu besoin de recourir à un état d'urgence. Cet état est proclamé par un gouvernement dans une situation d'extrême urgence et il est toujours limité dans le temps. Il a pour conséquence que les droits des citoyennes et citoyens sont supprimés et qu'un droit de réquisitionner est applicable. Ainsi, la population suivra les ordres, sans broncher. Nous ne voulons pas en arriver à une telle situation. Il n'en est pas question! Par contre, nous disons *«Climat chaud, sang-froid»* ; *«Heisses Klima, kühle Köpfe»*. Il faut voir ce qui se passe, faire preuve d'intelligence et réagir. Il faut limiter l'augmentation de la température à 1,5 degré jusqu'en 2050 et respecter l'accord de Paris sur le climat. Avant Paris, il y avait Copenhague et, avant encore, Kyoto. Les objectifs climatiques sont très difficiles à mettre en oeuvre. L'objectif 2050 (autonomie énergétique) reste valable et c'est techniquement possible. Dépenser 14 milliards de francs par année pour acheter des énergies fossiles, qui polluent notre air, c'est dépassé. L'avenir se construit par l'innovation et les valeurs libérales, mais aussi par des taxes incitatives bien ciblées. Pas de panique, nous devons garder nos yeux pour voir et nos têtes pour penser!

Steinmann Alfred, SP: In Biel den Klimanotstand auszurufen und die vorliegende Motion erheblich zu erklären ist wichtig. Die Wissenschaft warnt seit Jahrzehnten vor einem Klimakollaps. Die neusten Berichte sind erschreckend. Uns bleibt nicht mehr viel Zeit, das Steuer herumzureissen. Die Wissenschaft gibt uns noch ungefähr 10 Jahre Zeit um Sofortmassnahmen zu ergreifen, sonst ist es zu spät dafür. Die Studien sind auf dem Tisch, die Erde ist gefährdet. Der Boden ist verseucht, das Polareis ist am Schmelzen, Mikroplastik ist überall, sogar in den menschlichen Organen nachweisbar. Das Wasser ist ebenfalls verseucht und die Trinkwasserknappheit vorprogrammiert. Hunger und Kriege werden die Folge sein. Die meisten politischen Parteien sehen dies heute ähnlich. Die SP, natürlich auch die JUSO, die Grünen, später auch die Grünliberalen, weisen schon lange darauf hin. Es gibt jedoch Stadtratsmitglieder, die immer noch nicht wahrhaben wollen, dass das Klima in Not ist. Das ist Egoismus pur! Jetzt ist es am Stadtrat, ein Zeichen für Biel zu setzen und zu handeln. Klar, die Ausrufung des Klimanotstandes ist nur ein Signal, aber ein wichtiges. Klar, eine Stadt oder ein Kanton, die Schweiz, Europa können alleine nichts tun. Die ganze Welt muss handeln und wir alle gehören dazu. Deshalb muss heute der Klimanotstand ausgerufen werden und später ein Klimareglement für die Stadt Biel erarbeitet werden. Das einzig wichtige Wachstum ist heute das Wachstum des Bewusstseins, dass es dringenden Handlungsbedarf gibt, um nicht die Lebensgrundlagen von uns allen zu zerstören.

Rebetez Maurice, PSR: Tout le monde constate la nécessité de prendre soin du climat. Certaines personnes pensent, avec bon sens, qu'il est nécessaire de déclarer haut et fort qu'il y a urgence, et d'autres trouvent des excuses. Non, ce n'est pas parce que je suis trop seul que je ne peux pas m'insurger et apporter ma contribution à toute la planète. Ce n'est pas parce que nous sommes une petite ville, un petit pays qu'il faut se taire et ne rien faire. Ce n'est pas parce qu'il y a trop d'étrangers dans notre pays que les pommes-de-terre ne pousseront plus. C'est simplement le moment de dire notre souci et de déclarer notre urgence climatique. Merci d'adopter cette motion.

Meyer Miro, JUSO: Ich denke, dass die Gäste auf der Tribüne langsam ein Resultat sehen wollen. Ich muss trotzdem noch Folgendes sagen: Ich habe Klimawissenschaften studiert und bin erschüttert darüber, wie viele Menschen den Klimawandel zwar eingestehen, aber das Gefühl haben, er sei nicht menschengemacht. Noch eine Bemerkung an die Herren Zumstein und Scherrer: Sie haben gesagt, dass die Schweiz Weltmeister in der Reduktion des CO²-Ausstosses sei. Dies mag sein. Die Reduktion wurde aber erreicht, indem die klimaschädlichen Industrien nicht mehr in der Schweiz produzieren. Die grauen, importierten Emissionen haben stark zugenommen. Die CO²-Emissionen wurden also nicht auf eine sinnvolle Art gesenkt. Wenn der Klimawandel gestoppt werden soll, reicht das hintere Mittelfeld in der Rangliste nicht aus. Dies ist kein Grund, darauf auch noch stolz zu sein.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Ich danke dem Stadtrat für die engagiert und respektvoll geführte Diskussion. Debattiert wurde über grundsätzliche Fragen. Herr Zumstein, die einzelnen Massnahmen werden später erarbeitet. Heute geht es um die Richtungsvorgabe. Der Gemeinderat beantragt, dass die Stadt Biel den Klimanotstand ausruft. Dies haben inzwischen schon beinahe 100 Städte in 17 Ländern auf der ganzen Welt getan, ebenso wie Frankreich als Staat. In der Schweiz haben sich 5 Kantone angeschlossen. Der Kanton Bern hat sich ebenfalls mit dem Thema befasst. Er hat nicht den Notstand ausgerufen, sondern eine Erklärung zur Klimapolitik abgegeben («Erklärung des Grossen Rates zur Klimapolitik», Grossratsbeschluss veröffentlicht am 3. Juni 2019). Die Inhalte dieser Erklärung entsprechen mehr oder weniger dem vorliegenden Motionstext. Unter anderem fordert die Erklärung des Grossen Rates, die Bevölkerung über die Folgen und die Massnahmen zum Klimawandel zu informieren. Ausserdem wurde beschlossen, dass Massnahmen und Projekte gegen den Klimawandel von Regierung und Parlament prioritär behandelt und umgesetzt werden sollen. Die Bedeutung des Notstandes wurde soeben im Stadtrat kontrovers diskutiert. Der Gemeinderat versteht die Ausrufung des Notstands in erster Linie als symbolischen Akt. Allerdings stellt der symbolische Akt einen verbindlichen An Schub für nachfolgende Taten dar. Wenn der Stadtrat heute Abend den Notstand ausruft, hält er damit fest, dass der Klimawandel ein ernstzunehmendes Thema und eine Krise ist, auf welche unmittelbar reagiert werden muss.

Herr Brunner, für mich ist mit der Ausrufung des Klimanotstandes viel Hoffnung verbunden. Der Motionstext hält fest, dass diese Krise bewältigt werden kann. Dies lässt hoffen und spornt zu Handlungen an. Zum Glück sind wir nicht fatalistisch der Krise ausgeliefert. Der Gemeinderat versteht deshalb die vorliegende Motion als Auftrag, die bereits verfolgte Politik weiterzuführen, aber auch zu intensivieren, damit die Ziele erreicht werden können. Den Umweltthemen muss Priorität eingeräumt werden. Jede Staatsebene hat ihre Möglichkeiten, auch eine kleine, tolle Stadt wie Biel kann aktiv werden und so tatsächlich die Senkung der Treibhausgase beeinflussen.

Die Mitglieder des Stadtrats und Gemeinderats engagieren sich politisch, weil sie alle etwas bewegen wollen. Einige Massnahmen, beispielsweise in der Raumplanung, wurden bereits umgesetzt. Auch einer Stadt wie Biel bieten sich viele Handlungsansätze. Selbstverständlich werden dafür Ressourcen benötigt. Nichts zu tun kostet aber enorm viel. Aus der Erklärung des Grossen Rats geht hervor, dass die Erwärmung des Klimasystems eindeutig und der menschliche Einfluss auf das Klimasystem klar ist. Ausserdem hält er fest: *«Der Grosse Rat appelliert an die Gemeinden, Unternehmen und Privatpersonen, die vorhandenen Möglichkeiten und rechtlichen Freiräume zu verstärkten Anstrengungen im Klimaschutz zu nutzen»*. Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen der Empfehlung des Grossen Rats zu folgen. Der Gemeinderat will sich für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen einsetzen und dazu konkrete Massnahmen umsetzen. Wichtig ist auch, dass Betroffenheit gezeigt wird. Heute kann dies mit der Ausrufung des Klimanotstandes in der Stadt Biel getan werden. Der Gemeinderat bittet Sie, die vorliegende Motion erheblich zu erklären.

Ordnungsantrag

Koller Levin, JUSO: Ich stelle den Antrag auf **Abstimmung mit Namensaufruf**.

Abstimmung

- über den Ordnungsantrag auf Abstimmung mit Namensaufruf

Der Ordnungsantrag wird gutgeheissen.

Abstimmung

über den Antrag des Gemeinderats, die Motion zur Ausrufung des Klimanotstandes erheblich zu erklären

			Ja	Nein	Enthaltungen / Abstentions
SP	Arnold	Marc	x		
SP	Arnold	Niels	x		
SP	Augsburger-Brom	Dana	x		
SP	Bigler	Jarno	x		
FDP	Bohnenblust	Peter		x	
PRR	Bord	Pascal			x
GLP	Briechle	Dennis	x		
EVP	Brunner	Thomas		x	
SP	Clauss	Susanne	x		
Grüne	Epper	Bettina	x		
UDC	Francescutto	Luca		x	
Grüne	Frank	Lena	x		
FDP	Gerber	Andreas		x	
PSR	Gonzalez Vidal Bassi	Glenda	x		

Grüne	Grupp	Christoph	x		
BDP	Gugger	Reto	x		
GLP	Gurtner-Oesch	Sandra	x		
PDC	Hamdaoui	Mohamed	x		
PdA	Heiniger	Peter	x		
SVP	Helbling	Beatrice		x	
JUSO	Koller	Levin	x		
SP	Külling	Urs	x		
FDP	Leuenberger	Bernhard		x	
Grüne	Loderer	Benedikt	x		
Grüne	Meuli	Selma	x		
JUSO	Meyer	Miro	x		
EVP	Molina	Franziska		x	
PSR	Ogi	Pierre	x		
PRR	Paronitti	Maurice		x	
PRR	Pittet	Natasha		x	
PSR	Rebetez	Maurice	x		
DE	Rindlisbacher	Hugo		x	
Les Verts	Roth	Myriam	x		
SVP	Scherrer	Martin		x	
Grüne	Scheuss	Urs	x		
SVP	Schneider	Sandra		x	
SVP	Schneider	Veronika		x	
EDU	Schor	Alfred		x	
PAS	Sprenger	Titus	x		
SP	Steinmann	Alfred	x		
GLP	Stocker	Julien	x		
PSR	Stolz	Joseline	x		
FDP	Strässler	Thomas		x	
SP	Strobel	Salome	x		
PRR	Suter	Daniel		x	
FDP	Sutter	Andreas		x	
SP	Tanner	Anna	x		
PAS	Tennenbaum	Ruth	x		
PSR	Torriani Latscha	Isabelle	x		
PSR	Vlaiculescu- Graf	Christiane	x		
UDC	Wächter	Olivier		x	
FDP	Wendling	Cécile		x	
UDC	Widmer	Patrick		x	
GLP	Wiher	Max	x		
DE	Zimmermann	Erwin		x	
SVP	Zumstein	Joël		x	
	Total		33	22	1

Mit 33 Ja- zu 22 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung wird die Motion erheblich erklärt.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Damit beende ich die heutige Sitzung. Ich wünsche Ihnen einen wunderschönen Abend. Wir sehen uns zur Stadtratssitzung im Oktober wieder.

181. Neueingänge

20190337	Motion Lena Frank, Grüne	STK
	Offenlegung der Finanzierung von Partei-, Wahl- und Abstimmungskampagnen	PRA FID
	Transparence sur le financement des campagnes de partis, d'élections et de votations	DSS BKS BEU
20190338	Postulat urgent Mohamed Hamdaoui, PDC, Peter Heiniger, POP	DFI
	Pour des écoles publiques durables	MAI
	Für nachhaltige öffentliche Schulen	ASS FCS TEE CHM
20190339	Dringliches Postulat Dana Augsburg-Brom, Fraktion Einfach libres!	PRA
	Einsprache gegen die umweltschädigende Erweiterung der Kiesgrube Safnern	FID DSS
	Opposition contre l'extension, néfaste pour l'environnement, de la gravière de Safnern	BKS BEU STK
20190340	Interpellation interpartis urgente Pascal Bord, PRR, Glenda Gonzalez, PSR, Alfred Steinmann, SP, Andreas Gerber, FDP, Christoph Grupp, Grüne, Titus Sprenger, Passerelle	ASS
	Encore un nouveau transfert de charge: de combien de millions supplémentaires le Canton veut-il charger Bienne pour l'assistance sociale?	MAI DSI FCS
	Noch eine Lastenverschiebung: wieviele zusätzliche Millionen will der Kanton für die Sozialhilfe auf Biel überwälzen?	TEE CHM
20190341	Dringliche Interpellation Miro Meyer und Levin Koller, JUSO	PRA
	Ausgaben der Projektgesellschaft AGGLOlac	FID
	Dépenses de la société de projet AGGLOlac	DSS BKS BEU STK
20190342	Postulat Myriam Roth, Groupe Les Verts	ASS
	Préoccupons-nous des placements d'urgence pour les mineurs francophones de Bienne	MAI DFI
	Kümmern wir uns um die Notfallplatzierungen der französischsprachigen Minderjährigen aus Biel	FCS TEE CHM

20190343	Überparteiliches Postulat Alfred Steinmann, Fraktion SP, Maurice Paronitti, Fraktion PRR, Glenda Gonzalez, Groupe PSR, Max Wiher, Fraktion GLP+, Urs Scheuss, Fraktion Grüne, Franziska Molina, EVP, Reto Gugger, BDP, Bernhard Leuenberger, Fraktion FDP	BEU
	Verkehrlich flankierende Massnahmen im Mühlefeld optimieren	PRA FID
	Améliorer les mesures d'accompagnement en matière de circulation au Champ-du-Moulin	DSS BKS STK
20190344	Überparteiliches Postulat Reto Gugger, BDP, Alfred Schor, EDU	BKS
	Helfen kennt kein Mindestalter	PRA
	Pas d'âge minimal pour les premiers secours	FID DSS BEU STK
20190345	Überparteiliches Postulat Reto Gugger, BDP, Alfred Schor, EDU, Peter Bohnenblust, FDP	DSS
	Überarbeitung Parkierungsreglement	PRA
	Revoir le Règlement sur les places de stationnement	FID BKS BEU STK
20190346	Überparteiliches Postulat Titus Sprenger, Passerelle, Pascal Bord, PRR, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Peter Heiniger, PdA	STK
	Publikation amtlicher Bekanntmachungen in digitaler und erweiterter Form	PRA FID
	Publier les avis officiels numériquement et de manière plus étoffée	DSS BKS BEU
20190347	Postulat Urs Külling und Alfred Steinmann, Fraktion SP/JUSO	BEU
	Rechtsabbieger am Neumarkt	PRA
	Bifurquer à droite au Marché-Neuf	FID DSS BKS STK

20190348	Postulat Urs Külling und Alfred Steinmann, Fraktion SP/JUSO	BEU
	Parkplatzverluste am Bahnhof Supprimer des places de stationnement à la gare	PRA FID DSS BKS STK
20190349	Interpellation Bettina Epper, Fraktion Grüne	BEU
	E-Trottinette in Biel? Des trottinettes électriques à Bienne?	PRA FID DSS BKS STK
20190350	Interpellation interpartis Pascal Bord, PRR, Christoph Grupp, Grüne, Titus Sprenger, Passerelle	DFI
	La Ville va-t-elle encore une fois connaître la débâcle de l'achat du bâtiment de Victorinox ou quelles mesures vont être prises pour éviter que cela se reproduise? Wird die Stadt nochmals ein Debakel wie beim Verkauf vom Victorinox-Gebäude erleben oder welche Massnahmen werden ergriffen, um es zu verhindern?	MAI ASS FCS TEE CHM
20190351	Interpellation GPK	FID
	Schnittstellenmanagement zwischen der Abteilung Liegenschaften und den Direktionen Gestion des interfaces entre le Département des immeubles et les directions municipales	PRA DSS BKS BEU STK

Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 22:47 Uhr / heures

Der Stadtratspräsident / Le président du Conseil de ville:

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident

Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Protokoll:

Meister Katrin

Flückiger Rita

Procès-verbal:

Kirchhof Claire-Lise

Pinto Bernardino Floriane